

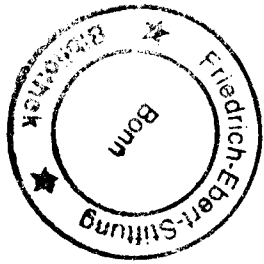
Neue Zukunft im Herzen Europas

SOZIALDEMOKRATISCHES
HAMBURG - PROGRAMM

1991 - 1995



Aufwind für alle.



A91-923

Neue Zukunft im Herzen Europas

SOZIALDEMOKRATISCHES
HAMBURG-PROGRAMM
1991 - 1995

INHALT

	Seite
I. Hamburg in den neunziger Jahren	5
1. Richtungsentscheidung für ein Jahrzehnt	6
2. Hamburgs neue Zukunft im Herzen Europas	7
II. Leben in der Stadt	13
1. Guter, bezahlbarer Wohnraum	14
2. Behutsame Stadtentwicklung	17
3. Politik für Frauen	22
4. Aktiv im Alter	25
5. Kultur für alle	28
6. Unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger	32
7. Diskriminierung abbauen	35
8. Sicher in Hamburg leben	35
III. Arbeit sichern – Hamburgs Zukunft gestalten	39
1. Der Mensch im Mittelpunkt	40
2. Wirtschaft im Zeichen Europas	48
3. Zukunftsinvestition Wissenschaft	55
4. Leistungsfähige und umweltverträgliche Verkehrsentwicklung	59
5. Bürgerfreundliche und leistungsfähige Verwaltung	69
6. Norddeutsche Gemeinschaft	71
7. Hamburgs Finanzkraft wahren	72

IV. Soziale Gerechtigkeit statt Ellenbogengesellschaft	77
1. Unsere Kinder – unsere Zukunft	78
2. Chancen für die Jugend	81
3. Vorsorge und Pflege	82
4. Kampf den Drogen	87
5. Obdachlosigkeit verhindern	89
V. Schutz der Umwelt – Schutz des Lebens	91
1. Unser Beitrag gegen die Klimakatastrophe	92
2. Der Müll-Notstand droht:	
Abfälle vermeiden, verwerten, entsorgen	95
3. Altlasten entschlossen beseitigen	98
4. Grüne Stadt Hamburg	99
5. Lebenselixier Wasser	101
6. Gesundes Essen	106
7. Zum Umgang mit Tieren	107
VI. Wahlaufruf	109
VII. Kandidaten-Liste zur Bürgerschaftswahl 1991	112

DER TRAUM VOM FRIEDEN IST
VERWIRKLICHT

Hamburg in den neunziger Jahren

RICHTUNGSENTSCHEIDUNG FÜR EIN JAHRZEHT

Der Eiserner Vorhang ist weg. Die Teilung Europas ist überwunden. Auch die staatliche Einheit Deutschlands ist hergestellt. Die Landtagswahlen am 14. Oktober haben den Weg zur Konstituierung der fünf neuen Bundesländer freigemacht.

Die Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 haben der SPD die Rolle der Opposition im Deutschen Bundestag zugewiesen. Diese Aufgabe nehmen wir Sozialdemokraten ohne Resignation, mit Verantwortungsbewußtsein und großem Engagement wahr.

Denn ein ganz wichtiger neuer Abschnitt der deutschen Politik hat begonnen. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden für die wirkliche Einheit Deutschlands, nämlich für einheitliche Lebensverhältnisse der Menschen, wie sie das Grundgesetz gebietet.

Nach der Entscheidung in Hessen folgen jetzt die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und im Juni die Bürgerschaftswahl in Hamburg. Diese Wahlen werden unser Leben in den neunziger Jahren richtungweisend beeinflussen. Von ihrem Ergebnis hängt es ab, ob es durch eine sozial und ökologisch verantwortliche Mehrheit im Bundesrat zu einem vernünftigen Gleichgewicht der Kräfte kommt, das einseitige Politik unmöglich macht und dem für die innere Entwicklung unseres Landes zentralen Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit Rechnung trägt.

Wir Sozialdemokraten bieten allen Wählerinnen und Wählern in Deutschland für die anstehende Gestaltungsaufgabe ein klares Profil, die **Verbindung** von sozialer Gerechtigkeit mit marktwirtschaftlicher Kompetenz und ökologischer Verantwortung.

Das vorliegende Programm für Hamburgs Zukunft im Herzen Europas stützt sich auf die bundespolitischen Programmaussagen der SPD zur ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft, die sich in den nächsten Jahren als äußerst aktuelle Antworten auf unsere Zukunftsfragen erweisen werden.

Anhand konkreter, für jeden überprüfbarer Aussagen zur Entwicklung unserer Stadt wollen wir dokumentieren, wie wir uns ein modernes, fortschrittliches Hamburg vorstellen.



2

HAMBURGS NEUE ZUKUNFT IM HERZEN EUROPAS

Nach 1945 wurde unsere Stadt in eine künstliche Randlage gezwungen. Den hierdurch drastisch verschärften Strukturwandel haben wir dennoch bewältigt, die notwendigen Veränderungen wurden nicht verschlafen.

Mit Stolz können wir in Hamburg zu Beginn der 90er Jahre feststellen: Hamburg hat sich selbst geholfen, wie wir Sozialdemokraten es zu Beginn der 80er Jahre gefordert hatten. Heute wissen es alle in Hamburg, in Deutschland und darüber

hinaus: Die Lage unserer Stadt hat sich grundlegend zum Besseren gewendet. Und Hamburg steht jetzt vor einer neuen, großen Zukunft.

Noch vor wenigen Jahren überwogen die Sorgen um das Schicksal unserer Stadt. Zehntausende hatten ihren Arbeitsplatz verloren. Unsere Wirtschaft steckte in einem tiefen, schmerzlichen Strukturwandel. Ein scharfer Rückgang der Bevölkerung schien unabwendbar. Die Auswirkungen unserer widernatürlichen geographischen Randlage am „Eisernen Vorhang“ machten sich bitter bemerkbar.

Wie anders heute!

Die Hamburger Betriebe haben den Strukturwandel zu einem erheblichen Teil bewältigt. Das Wachstum ist da. Ausländische Unternehmen kommen gern und investieren in unsere Stadt. Die Zahl der Arbeitslosen ist stark rückläufig (wenn auch immer noch zu hoch). Die Bevölkerung Hamburgs nimmt erstmals seit Jahrzehnten wieder zu.

Seit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Februar 1987 gibt es gut 33.000 Arbeitslose weniger. Durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit Frühjahr 1985 sogar um rund 50.000 erhöht. Dies ist nicht zuletzt Ausdruck der guten Arbeitsmarktpolitik der SPD.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands, das Zusammenwachsen ganz Europas und die Dynamik der westeuropäischen Einigung haben Hamburg wieder in die Mitte des Geschehens gerückt.

Das alles ist Anlaß für Freude, Tatkraft und Zuversicht. Aber es bedeutet nicht die Lösung aller Probleme.

Die neunziger Jahre werden Jahre des Umbruchs, des Aufbruchs, aber auch der Konflikte sein. Diese Herausforderungen will die SPD bewältigen. Dazu brauchen wir Visionen für die

Entwicklung der Stadt, die der Politik eine Richtung geben. Dafür sind glaubwürdige und überzeugende Ziele sowie neue Instrumente notwendig.

Hamburg braucht eine Stadtentwicklungspolitik, die sozial gerecht, investitionsfreundlich und umweltverträglich ist. Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Verkehr, Umwelt, Schule und Berufsbildung, Gesundheitsvorsorge und Krankenpflege müssen im Zusammenhang gesehen werden.

Die internationale Verflechtung, insbesondere der EG-Binnenmarkt und die Rückgewinnung des traditionellen Hinterlandes bringen wichtige Impulse für Hamburgs Zukunft: die Hansestadt hat gute Aussichten, im nächsten Jahrzehnt Mittelpunkt eines der bedeutendsten Wirtschaftsräume Europas zu werden.

Doch für diese Entwicklung gibt es keine Garantie: ein weltwirtschaftlicher Konjunkturunbruch, die Konsequenzen der ungewissen Entwicklung in der Sowjetunion oder eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes könnten Hamburgs gute Wachstumsaussichten auch wieder gefährden.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft: sie benötigen mehr Plätze für ihre Betreuung. Es wird noch wichtiger, für eine gesunde und lebenswerte Umwelt zu arbeiten. Gerade jetzt brauchen wir zusätzliche, preiswerte Wohnungen: Menschen dürfen nicht aus ihrer angestammten Umgebung verdrängt werden. Im Nah- und Fernverkehr bedarf es mehr denn je umweltfreundlicher Antworten und zusätzlicher Kapazitäten. Weiterbildung und Qualifizierung sind noch vordringlicher, um Arbeitslosigkeit heute und morgen zu vermeiden.

Wir in Hamburg packen unsere neuen Chancen zuversichtlich an. Wir wollen Wachstum und Erfolg.

Aber für uns Sozialdemokraten ist Wachstum allein kein politisches Ziel. Wir wollen das Wachstum in den Dienst

der Menschen stellen und nicht umgekehrt. Das heißt, Wachstum muß umwelt- und sozialverträglich sein.

Und wir wollen dafür sorgen, daß niemand Opfer des Wachstums wird. Daß die weniger Starken, die weniger Wettbewerbsfähigen, oft auch nur die weniger Gerissenen nicht in die Ecke gedrängt werden. Aufstieg und Gerechtigkeit – für beides bürgt Hamburgs SPD.

Unsere schöne Stadt Hamburg muß weiterhin für alle lebenswert sein, für Jüngere und Ältere, für Frauen und Männer, für Arme und Reiche, für die Menschen in allen Stadtteilen.

Und wir wünschen uns Hamburg weiterhin als aufgeschlossene, freiheitliche Stadt, als einen Ort gesellschaftlichen Engagements – nicht zuletzt für die Linderung menschlicher Not in der Dritten Welt. Hamburg ist und bleibt eine Stätte der Toleranz, zumal im Umgang mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen.

Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und ein tolerantes Miteinander der verschiedenen Kulturen gehören zu den politischen Leitbildern unserer Stadt. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Nord-Süd-Konflikt mit seinen unmenschlichen Konsequenzen für die Dritte Welt aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt wird. Mit zunehmender internationaler Verflechtung und wachsender Wirtschaftskraft steigt auch die Verantwortung Hamburgs als verlässlicher Partnerin in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den benachteiligten Menschen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Die bisher entwickelten Ansätze hamburgischer Nord-Süd-Politik werden deshalb ausgebaut.

Hamburgs Sozialdemokraten arbeiten seit vielen Jahrzehnten für diese schöne, unverwechselbare Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger kennen uns, mit unseren Stärken und unseren Fehlern. Wir wissen selbst nur zu gut, daß noch längst nicht

alles erfolgreich abgeschlossen ist, was wir zu gestalten bemüht sind. Einige neue Sorgen sind hinzugekommen. Aber wer Hamburg heute unvoreingenommen betrachtet, wer sich diese Stadt wirklich anschaut, wer auf die begeisterten Stimmen unserer Gäste und Besucher hört, wird feststellen, daß Sozialdemokraten – gestützt auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs – in vielen Jahrzehnten politischer Arbeit eine Menge geleistet haben.

Die folgenden Seiten informieren Sie darüber, wie wir uns den weiteren Weg für Hamburg vorstellen. Wir wollen uns vor allzu vollmundigen Versprechungen hüten. Aber wir haben für die 90er Jahre eine konkrete Vision für Hamburgs wichtige Rolle im vereinten Deutschland und im Herzen Europas. Und wir haben dafür ein solides, wirkungsvolles Konzept erarbeitet, das wir Ihnen hiermit vorlegen.

Für die Umsetzung dieses Konzepts steht vor allem unser Spitzenkandidat, Bürgermeister Henning Voscherau. Er hat bewiesen, daß unter seiner Führung unsere Stadt wieder meßbar vorankommt.

Mit ihm zusammen arbeiten viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen für Hamburgs Zukunft. Die Arbeit der Frauen in der SPD ist uns besonders wichtig. Schon in den vergangenen Jahren haben bei uns zahlreiche qualifizierte Frauen Verantwortung übernommen: als Präsidentin der Bürgerschaft, als Senatorinnen, als Parteivorsitzende, als Staatsrätinnen, als Europa-Abgeordnete, als Bundestags- und Bürgerschaftsabgeordnete, in führenden Stellen der Verwaltung. Mit 16 Frauen stellt die SPD-Bürgerschafts-Fraktion schon heute die wahre Frauenliste in Hamburg. Auf den ersten 70 Plätzen der SPD-Liste der kommenden Legislaturperiode kandidieren 25 Frauen. Daran wollen wir anknüpfen und unsere Anstrengungen weiter verstärken.

Politik von Frauen für Frauen – das hat in der SPD der 90er Jahre ganz hohe Priorität.

Das Wahlprogramm macht hierzu konkrete Aussagen, beispielsweise wo es darum geht,

- ▶ die Betreuung der Kinder zu verbessern und damit Frauen neue Chancen im beruflichen wie im privaten Leben zu geben,
- ▶ die Qualifizierung von Frauen und ihre Förderung im Berufsleben besonders zu unterstützen, um noch immer bestehende Ungleichheiten abzubauen,
- ▶ in der Weiterentwicklung der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik die Interessen der Frauen besonders zu berücksichtigen.

Und natürlich werden wir auch auf der Bundesebene die Interessen der Frauen verteidigen, wenn es darauf ankommen wird, den § 218 StGB zu streichen.

Messen Sie uns an unseren Leistungen. Prüfen Sie unsere Konzepte. Und vor allem: sprechen Sie mit uns. Geben Sie uns die Chance, Ihr Urteil zu hören, mit Ihnen offen zu diskutieren und – wenn möglich – Sie zu überzeugen.



II.

Leben in der Stadt

G U T E R , B E Z A H L B A R E R W O H N R A U M

Allein in den letzten 3 Jahren sind mehr als 45.000 Menschen nach Hamburg gezogen. Und deutlich mehr werden hinzukommen. Für unsere Stadt ist dies eine große Chance, die zugleich entschiedenes Handeln erfordert. Vor allem müssen wir jetzt wieder mehr als bis 1988 für ausreichenden, preiswerten Wohnraum sorgen, gerade für kinderreiche Familien und einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger.

Je stärker der Zuwanderungsdruck auf Hamburg trifft und den Wohnungsmangel verschärft, desto schwieriger wird es auch für die Hamburger Familien, in ihrer Heimatstadt eine passende neue Wohnung zu finden, wenn familiäre Veränderungen dies nötig machen. Wir werden sicherstellen, daß in der Praxis Hamburger Wohnungssuchende nicht benachteiligt werden.

Für die Hamburger Arbeitnehmerfamilien, die mehr verdienen, als es die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau vorsehen, und die sich andererseits hohe Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt nicht leisten können, werden wir in der nächsten Legislaturperiode ein besonderes Wohnungsbauprogramm beginnen. Eine städtische Gesellschaft soll für sie mit finanzieller Unterstützung durch die Stadt frei finanzierte, aber preisgünstige Wohnungen erstellen.

Bereits im ersten Monat nach seinem Amtsantritt 1988 hat Bürgermeister Voscherau mit der SPD das Ruder herumgeworfen: Der Senat beschloß nach schwierigen Koalitionsverhandlungen ein Wohnungsbauprogramm von 1.000 Wohnungen. Weitere 1.000 Wohnungen, die wir ebenfalls sofort wollten,

wurden von der FDP um ein volles Jahr verzögert und gegen sie schließlich Mitte 1989 durchgesetzt. Für 1990 und 1991 beschloß der Senat eine Aufstockung des Wohnungsbauprogramms auf 4.400 Wohnungen jährlich. Auch das wird nicht ausreichen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir deshalb jedes Jahr deutlich über 5.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln bauen.

Dabei werden wir dem Stand der Technik entsprechend im Einklang mit der Natur vorgehen. Die Freie und Hansestadt Hamburg fördert und baut im Zuge von Sanierungs-, Neu- und Umbaumaßnahmen nur Wohnungen, bei deren Planung und Ausführung Erkenntnisse der Baubiologie eingeflossen sind.

Wichtigste Projekte sind dabei die familien- und kinderfreundliche Siedlung Allermöhe II am Wasser und im Grünen mit 4.500 und – ähnlich attraktiv – Neugraben-Fischbek mit 3.300 Wohnungen.

Darüber hinaus geht es vor allem darum, Baulücken zu schließen und den preiswerten Wohnungsbestand zu erhalten. Wir werden uns auch dabei verstärkt um die Versorgung einkommensschwächerer Gruppen kümmern.

Die Zweckentfremdung von Wohnungen wird auch künftig so restriktiv wie möglich gehandhabt. Den Verkauf städtischer Wohnungen halten wir für die falsche Antwort auf den neuen Wohnungsmangel in Hamburg. Verkauf kommt deshalb für uns nicht in Frage. Diese Leitentscheidung unseres Bürgermeisters im Interesse der Mieterinnen und Mieter in Hamburg ist nach viel Zank in der Koalition akzeptiert worden und gilt auch in der kommenden Wahlperiode.

Im Einklang mit den Mietern unterstützen wir jedoch tragfähige Genossenschaftsgründungen. Wir sehen hierin einen bürgernahen Weg zur Erhaltung preiswerten Wohnraums.

Wenn die Mieter diesen Weg gehen und den wirtschaftlich nötigen Eigenbeitrag aufbringen wollen, haben sie unsere Unterstützung.

Die Mieter der städtischen Wohnungsunternehmen haben aber ein Recht darauf, solche Entscheidungen nicht unter dem Druck von Verkaufsabsichten, sondern auf der Grundlage solider, langfristiger und verlässlicher unternehmerischer Konzepte und bei umfassender Information über Vorteile und Risiken treffen zu können.

Bei den städtischen Wohnungsgesellschaften sollen Mietervertretungen gebildet werden, die insbesondere bei Instandhaltung, Modernisierung und Wohnumfeldverbesserungen der Wohnanlagen Mitwirkungsrechte haben.

Im Interesse eines ausreichenden, sozialverpflichteten Wohnungsangebots in Hamburg haben wir die Zahl städtischer Wohnungen auf 140.000 gesteigert. Dies war dringend nötig, weil die Bundesregierung in Bonn die Wohnungs-Gemeinnützigkeit abgeschafft und der heutigen falschen Entwicklung auf dem Wohnungs-Sektor bundesweit – besonders in den Ballungsgebieten – Tür und Tor geöffnet hatte. Es war deshalb richtig, 41.000 Wohnungen hinzuzukaufen. Und ein gutes Geschäft war es wegen der gestiegenen Werte auch. Um die jetzigen 140.000 städtischen Wohnungen weiter zu modernisieren und, wo es nötig ist, instandzusetzen, sollen 350 Millionen DM zur Verfügung stehen. Die städtischen Wohnungsunternehmen müssen finanziell und organisatorisch so strukturiert sein, daß sie dauerhaft und langfristig preiswerten Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten bereitstellen und die Versorgung dringlich Wohnungssuchender sicherstellen können. Wir haben 1990 wichtige Grundlagen einer Konsolidierung der Unternehmen geschaffen. In der kommenden Legislaturperiode werden wir sie weiter reformieren, hin zu

- ▶ effektiveren Organisationsstrukturen,
- ▶ dezentraler und mieternaher Wohnungsverwaltung,
- ▶ mehr Mieterbeteiligung.

Allerdings wird es uns nicht möglich sein, die Wohnungsprobleme in unserer Stadt auf Dauer gegen den Bund zu lösen. Auch Durchschnittsverdiener müssen es sich leisten können, in einer Großstadt zu wohnen. Neue Mietgesetze braucht das Land. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Die Hamburger SPD wird deshalb – gemeinsam mit den anderen SPD-geführten Ländern – für ein Bundesgesetz streiten, das u.a. die Halbierung der Grenze für Mieterhöhungen im Drei-Jahres-Zeitraum auf 15 %, die Abschaffung der Stafelmieten und die Einschränkung von Eigenbedarfskündigungen vorsieht. Dafür muß es eine Mieter-Mehrheit im gesamtdeutschen Bundestag geben.

2

BEHUTSAME STADTENTWICKLUNG

Wir wünschen uns eine Stadt mit zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern. Dies ist nur möglich, wenn sie sich mit ihrer Heimat vor Ort identifizieren. Dazu ist mehr als bisher eine Stadtentwicklung notwendig, die nicht von oben verordnet wird, sondern am „runden Tisch“ den Dialog mit allen Bürgern sucht und gezielt die konkreten Probleme von sozial Schwächeren angeht.

Beispielhaft hierfür ist das 1990 angelaufene EG-Modellprogramm in Eimsbüttel, mit dem wir vor allem wirtschaftlich und sozial benachteiligten Menschen helfen, u.a. durch die Entwicklung alternativer Lebens- und Wohnformen, die Förderung von Kindern, die berufliche Integration besonders von alleinerziehenden Frauen und zusätzliche Einrichtungen zur Kinderbetreuung.

Andererseits gilt auch: man darf eine attraktive Stadt nicht zum Museum machen, sonst bleibt sie auf der Stelle stehen, Attraktivität und Stärke gehen verloren, oder es droht gar allmähliche Verslumung.

Die Politik der 80er Jahre hat kräftige Anreize für die Erneuerung älterer Wohnungsbestände geschaffen. Doch Stadterneuerung kann in Zeiten knappen Wohnungsbestandes auch zu Verdrängung führen. Unser Ziel einer sozialen Stadtentwicklungspolitik ist der Erhalt von Wohnvierteln für die ansässige Bevölkerung zu bezahlbaren Mieten und mit einer angemessenen sozialen Infrastruktur.

Deshalb gilt für uns: Instandsetzung geht vor Abriß. Instandsetzung geht aber auch vor Modernisierung. Der Erhalt von Gebäuden ist im Rahmen wirtschaftlicher Vertretbarkeit nach sozialen Kriterien zu beurteilen. Modernisierungsmaßnahmen werden nur gefördert, wenn die Mieter ihre Zustimmung gegeben haben. Selbsthilfe und Eigenleistung sind für uns ein fester Bestandteil der Sanierungspolitik.

Unsere Leitlinie lautet: tatkräftige Entwicklung unserer Stadt für die Zukunft ihrer Bewohner bei behutsamer Pflege und Förderung bestehender Strukturen. Dies gilt sowohl für die gewachsenen Stadtteile – insbesondere der Inneren Stadt – wie auch für die Grün- und Freiräume. Im Mittelpunkt der Stadtentwicklung der ersten Hälfte der 90er Jahre wird für uns stehen:

- ▶ Die weitere Stadterneuerung in der westlichen Inneren Stadt mit den Stadtteilen St. Pauli, Eimsbüttel, Altona und Ottensen. Hier gibt es besonders große Bestände preiswerter Altbauwohnungen, die wir für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen erhalten wollen. Dabei werden wir das in Hamburg mit Erfolg praktizierte Verfahren zur Mitwirkung der Betroffenen an der Sanierungsplanung fortführen.
- ▶ Die Stadtteile, in denen sich soziale Probleme häufen und in denen der Wohnungsbestand nicht mehr modernen Ansprüchen entspricht. Deshalb werden wir z.B. in Veddel/Rothenburgsort weitere Wohnumfeldverbesserungen durchführen und auf geeigneten Flächen Neubauten errichten.
- ▶ Die Verbesserung der Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre durch die Modernisierung der Gebäude, die Schaffung eines attraktiveren Wohnumfeldes und den Ausbau der Infrastruktur. Die entsprechenden Modellvorhaben in Steilshoop, Mümmelmannsberg und Kirchdorf-Süd haben sich bewährt. Auch Jenfeld hat vielversprechend begonnen.
 - ▶ Die moderne, menschliche Gestaltung neuer Stadtteile, also beispielsweise Allermöhe und Neugraben-Fischbek. Allermöhe I mit seiner attraktiven Baugegestaltung und den integrierten Sozialeinrichtungen wie Schulen, Spiel- und Sportplätzen sowie Kindertagesheimen ist ein Renner bei den Anwohnern und modellhaftes Vorbild für die Stadtplaner.
- ▶ Die Weiterentwicklung der Hamburger Innenstadt. Nachdem die westliche Innenstadt in den vergangenen 10 Jahren von Grund auf umstrukturiert wurde, muß verhindert werden, daß die östliche Innenstadt zurück-

fällt, deshalb werden Mönckebergstraße und Spitalerstraße derzeit sichtbar attraktiver. Auch hier stellen wir uns neue Fußgängerzonen vor.

- ▶ Zugleich werden die Voraussetzungen geschaffen, den nördlichen Hafenrand in die Innenstadtentwicklung einzubeziehen. Die Bebauung der Kehrwieder- und der Ericusspitze werden die Speicherstadt sinnvoll ergänzen. Vorhandene Freiflächen und der durch die Verlagerung der Englandfähre freigewordene Platz stehen für neue, städtebauliche Entwicklungen zur Verfügung. Auch die Speicherstadt mit ihren attraktiven Backsteinbauten kann in den 90er Jahren für neue Aktivitäten umstrukturiert und wieder in die City einbezogen werden. So wird unsere Innenstadt endlich wieder zur Elbe geöffnet. Das wollen wir behutsam und nicht auf dem Rücken wettbewerbsfähiger Hafenbetriebe tun, aber die Stadt ist vorbereitet, bei einem absehbaren Wandel in der wirtschaftlichen Nutzung der Speicherstadt dieses städtebauliche Juwel für Gewerbe und Wohnen zu erhalten. Rothenburgsort bleibt als hafennaher Wohnstandort erhalten und wird nicht durch zusätzliche Gewerbe- und Industrieansiedlung sowie durch Hochhäuser zerstört.
- ▶ Die Entlastung der Innenstadt durch die Förderung der Zentren in den Hamburger Bezirken. Priorität hat hier der Ausbau des Bezirkszentrums Harburg in Richtung Norden zur Bahnhofsinsel. Eine weitere, sehr erfolgversprechende Entwicklungsreserve bietet der Harburger Binnenhafen.

Behutsame Stadtentwicklung heißt auch, daß wir intelligent und vorsorgend mit unseren noch vorhandenen Freiflächen umgehen. Der Druck, Wohnungen zu bauen, Gewerbeflä-

chen zu erschließen und mehr Infrastruktureinrichtungen zu schaffen, wird die Konflikte zwischen den Nutzungsansprüchen erhöhen.

Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß auch am Ende dieses Jahrhunderts Hamburg eine grüne und lebenswerte Stadt ist. Dafür ist es notwendig, daß wir eine neue Regionalplanung in Angriff nehmen, die eine abgestimmte Entwicklung Hamburgs und seines Umlandes gewährleistet. Unser Blick wird sich dabei verstärkt auf die Entwicklungsachsen nach Osten richten müssen.

Behutsame Stadtentwicklung bedeutet aber auch „ökologischen Stadtumbau“, also Anpassung städtischer Funktionen an die Erfordernisse ökologischer Verträglichkeit.

Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Sozialer Wohnungsbau muß immer auch ökologischer Wohnungsbau sein. Wir müssen sparsam im Flächenverbrauch sein und die ökologische Gesamtbelastung minimieren. Auch in unsere Grundstückspolitik müssen ökologische Gesichtspunkte Eingang finden. Einen wichtigen Beitrag dazu wird in Zukunft die Umweltverträglichkeitsprüfung leisten, deren Grundgedanke es ist, für ökologische Aufklärung zu sorgen und die Einhaltung des Vorsorgeprinzips zu gewährleisten.

Einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität leistet der Sport. Ohne Breitensport kein gesundes Leben in der Großstadt. Ohne Spitzensport keine Vorbilder für unsere Jugend. Deshalb hat Hamburg jetzt auch einen Olympia-Stützpunkt. Die Sportvereine und Sportverbände sind wesentlicher Träger des Sportes in Hamburg. Wir werden deren Arbeit weiterhin fördern. Wir werden bis 1995 27 Millionen DM in den Bau von Sportstätten investieren. Außerdem wird die Sporthalle Alsterdorf für über 4 Millionen DM modernisiert. Mehr als 5 Millionen DM stehen zusätzlich für die Vorbereitung des Deutschen Turnfestes 1994

bereit. Eine Leichtathletik-Halle wird ebenfalls gebaut. Wir wollen aber auch den Sportplatz um die Ecke sichern. Mit dem Sport verbundene Ruhestörungen müssen von den Anwohnern in Kauf genommen werden. Gesetzliche Regelungen müssen Sport und Wohnen nebeneinander ermöglichen. Die Bundesregierung muß endlich im Sinne des von Hamburg initiierten Bundesratsbeschlusses handeln.

3

POLITIK FÜR FRAUEN

Die SPD steht für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und für die gerechte, partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, Macht, Einkommen und Freizeit zwischen Frauen und Männern. Die Einführung der Quote durch die SPD hat die Forderung der Frauen aufgenommen und das Bewußtsein dafür gestärkt, daß die Beteiligung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig ist. Die Berücksichtigung der Situation und Interessen der Frauen müssen selbstverständliche Elemente jeder Politik werden.

Deshalb hat Hamburg vor mehr als 10 Jahren die bundesweit erste Gleichstellungsstelle eingerichtet und 1990 mit starkem, politischem Engagement unseres Bürgermeisters ein konsequentes Frauenförderungs-Gesetz verabschiedet. Dieses bundesweit vorbildliche Gleichstellungsgesetz für den Hambur-

ger öffentlichen Dienst setzt Maßstäbe und ist beispielhaft auch für die private Wirtschaft.

In der kommenden Wahlperiode werden wir den Zustand beenden, daß die Gleichstellungsfrau im Senat ohne Stimmrecht ist. Hamburg bekommt eine Frauen-Senatorin mit Haushaltsmitteln und Entscheidungsbefugnissen. Diese wird maßgeblich zur Umsetzung unseres Programms für die Hamburgerinnen beitragen:

1. Gleichstellung von Mann und Frau setzt ein bedarfsgerichtetes, gut ausgestattetes Kinderbetreuungsangebot voraus. Die Hamburger SPD wird deshalb in der kommenden Legislaturperiode für mehr als 10.000 weitere Kinderbetreuungsplätze sorgen und anschließend ein weiteres jährliches Stufenprogramm beginnen, dessen Ziel die Gewährleistung eines Rechtsanspruches auf einen Kinderbetreuungsplatz ist.
2. Für die eigenständige Gestaltung des Lebens der Frauen, auch im Alter, hat die Erwerbstätigkeit eine Schlüsselrolle. Ohne zukunftsorientierte Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze für alle Frauen gibt es sie nicht. Hamburgs SPD wird Arbeitsmarkt und Strukturprogramme so gestalten, daß Arbeitsplätze nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ für Frauen zur Verfügung stehen und die Qualifizierung von Frauen gefördert wird.

Der Senat wird durch Anreize und Auflagen im Rahmen bestehender Förderungsprogramme und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die berufliche Gleichstellung in den Betrieben unterstützen.

Ein Preis für den frauenfreundlichsten Betrieb und Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen soll dabei helfen.

3. Eigenständige Lebensführung für Frauen setzt ein ausreichendes Wohnraumangebot voraus. Die Gestaltung des Wohnraums und der Wohnumwelt müssen den Interessen der Frauen gerecht werden. Bei der Besetzung der Gremien, die hierauf Einfluß nehmen, werden wir die Frauenquote der SPD zur Anwendung bringen.

Wir werden daher bei allen Planungen die Interessen der Frauen berücksichtigen und für eine besondere Bevorzugung von Frauen in bestimmten Lebensumständen bei der Wohnungsvergabe eintreten.

4. Koedukation bleibt das Bildungsangebot für Mädchen und Jungen. Durch eine gezielte Beratung schon während der Schulzeit müssen alle Chancen genutzt werden, um das Berufsspektrum für Mädchen zu erweitern und Mädchen und Jungen im Unterricht auf eine spätere Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorzubereiten. Der Frauen-Weiterbildungs-Plan muß ausgebaut und noch stärker an den Lebensumständen der Frauen orientiert werden.
5. Frauen und Mädchenprojekte erfüllen wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben und bedürfen unserer besonderen Unterstützung.
6. Für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt und sexuellem Mißbrauch sind, werden Beratungs- und Hilfsangebote weiter ausgebaut. Dazu gehören das 5. und 6. Frauenhaus. Gezielte Informationskampagnen sollen dazu beitragen, das öffentliche Bewußtsein für diesen Problembereich zu schärfen.
7. Wir befürworten ein von ihrem Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht ausländischer Frauen in Hamburg. Es ist mittelalterlich, daß Frauen rechtlos und

bloßes Objekt von Lebensentscheidungen ihres Mannes sind. Hamburg wird bei der Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention frauenspezifische Zufluchtgründe anerkennen. Die SPD wird alles tun, um den organisierten Frauenhandel wirksam zu unterbinden und die Situation der betroffenen Frauen zu verbessern.

8. Hamburg wird seine Weltoffenheit und Frauenfreundlichkeit auch dadurch beweisen, daß eine europäische Frauenkonferenz in Hamburg stattfindet.

4

AKTIV IM ALTER

In Hamburg leben heute 380.000 ältere Menschen. Jeder vierte Einwohner unserer Stadt ist über 60 Jahre alt. In der sogenannten Ruhestandsphase befinden sich immer mehr Frauen und Männer, die sich keineswegs alt fühlen und durchaus in der Lage sind, ein entspanntes, interessantes, aktives Leben zu führen.

Wir werden uns deshalb in den nächsten Jahren verstärkt darum bemühen, diesen spezifischen Bedürfnissen und den Wünschen nach Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit im Alter – auch bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen – gerecht zu werden. Von großer Bedeutung ist für viele Ältere, daß ihre Fähigkeiten weiter genutzt werden, daß sie nicht von

der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Auch eine moderne Gesellschaft braucht die Erfahrung und das Wissen der älteren Mitbürger. Sie müssen ein Mitspracherecht bei allen wichtigen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen haben; vor allem bei denen, die sie selber betreffen.

Die starren Grenzen zwischen Beruf und Ruhestand müssen aufgebrochen, der stufenweise Ausstieg aus dem Erwerbsleben muß möglich werden. An Stelle des Konkurrenzkampfes zwischen Jung und Alt sollen Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Solidarität treten.

Wir wollen, daß die ältere Generation auch in ihrer nachberuflichen Phase noch die Möglichkeit hat, sich „einzumischen“. Deshalb sollen ihre Ansprüche auf Weiterbildung und auf ein gutes kulturelles Angebot erfüllt werden. Dazu dienen auch zusätzliche Möglichkeiten der politischen und kulturellen Weiterbildung und Chancen zum Erwerb neuer Qualifikation für eine neue Tätigkeit im Wohnbezirk, im Verein oder in der Gemeinde. Es ist deshalb für uns selbstverständlich, daß alle Bildungsangebote der Stadt für Senioren zugänglich und deshalb ganz besonders auf sie abgestimmt werden müssen. Hierunter verstehen wir z.B. auch die Öffnungszeiten von Bildungs- und anderen kulturellen Einrichtungen, gesellige und kulturelle Angebote in Wohnnähe, die Altentagesstätten.

Eine eigenständige Lebensführung im Alter setzt ein ausreichendes Wohnraumangebot voraus. Die Gestaltung des Wohnraums und der Wohnumwelt muß den Interessen der älteren Generation gerecht werden.

Wir werden bei allen Planungen diese Interessen berücksichtigen und im Wohnungsneubauprogramm dem wachsenden Bedarf an altersgerechten Wohnungen Rechnung tragen. Aber auch bei der Sanierung und Modernisierung von Altbauten werden wir an altengerechte Umbauten denken.

Nicht verschweigen oder gar verdrängen dürfen wir die verbreitete Altersarmut, von der insbesondere Frauen betroffen sind. Die Rentenreform der Bundesregierung und die Gesundheits-„Reform“ haben hieran nichts geändert. Wir werden uns im Bundesrat für eine soziale Grundsicherung einsetzen, die den älteren Menschen den Gang zum Sozialamt erspart. Das gilt auch für die Absicherung des Pflegefallrisikos über eine Pflegeversicherung, die von der Bundesregierung vertagt wurde.

Landessenorenbeirat und bezirkliche Seniorenbeiräte haben sich in den letzten 10 Jahren aktiv an der Gestaltung der Politik beteiligt und sich als Interessenvertreter der Älteren durchgesetzt. Darüber freuen wir uns. Wir werden ihre Arbeit auch in Zukunft unterstützen und sie in die Weiterentwicklung unserer Politik einbeziehen.

Wir wollen, daß auch der hochbetagte Mensch, so lange es geht, in seiner eigenen Wohnung bleiben kann. Dies wird auch durch ein Netz von 41 Sozialstationen unterstützt. Von diesen Sozialstationen werden zur Zeit 17.000 hilfsbedürftige, überwiegend ältere Menschen betreut.

Hamburg hat damit eine flächendeckende Grundversorgung erreicht. In den nächsten Jahren werden wir dafür sorgen, daß sich die Sozialstationen auf veränderte Anforderungen und Bedarfe noch besser einrichten können, unter anderem durch noch mehr qualifizierte Mitarbeiter.

Die Qualität aller Anbieter ambulanter pflegerischer Dienste werden wir einer Kontrolle unterziehen.

Zur pflegerischen Versorgung der Älteren in der eigenen Wohnung gehören auch ergänzende Einrichtungen wie Tagespflege und Kurzzeitpflege. Diese werden wir fördern und ausbauen. Für diejenigen Menschen, deren Umzug in ein Heim erforderlich ist, werden wir ein ausreichendes Angebot an Plät-

zen bereithalten und die Heime so ausstatten, daß ihre Bewohner sie als ihr neues Zuhause akzeptieren können. Das bedeutet vor allem: rascher Abbau der noch verbliebenen 3- und 4-Bett-Zimmer, etwa 5% aller Heimplätze. Hierfür haben wir finanzielle Vorsorge getroffen. Im Alten- und Pflegeheim Alsterberg bauen wir für 35 Millionen DM ein Bettenhaus. Wir nehmen uns auch der Probleme der Pflegekräfte in diesem Bereich an. In den nächsten Jahren werden schrittweise über 600 Stationshilfen und Pflegekräfte zusätzlich eingestellt.

Die zunehmende Zahl der Selbsthilfegruppen in der Stadt, die sich diese Arbeitsschwerpunkte setzen, werden wir fördern und dafür Sorge tragen, daß die Erwartungen der Älteren nicht enttäuscht werden, so daß auch diese Lebensphase in Hamburg mit Lebensqualität verbunden ist.

5

KULTUR FÜR ALLE

Immmer mehr Menschen interessieren sich für Kunst und sehen in Kultur ein unverzichtbares Element ihrer Lebensqualität. Kultur ist Kreativität, Kunst, Freude, Spiel und Spaß, ist gestaltetes Leben, Selbstverwirklichung und Emanzipation. Kultur ist notwendiger Bestandteil des Lebensumfeldes, des Stadtteils.

Kultur ist für alle da. Hamburg bietet viel Kultur. Dies verdanken wir den vielen Künstlerinnen und Künstlern, die mit

großem Engagement und viel Können für ein interessantes, innovatives kulturelles Leben sorgen: in den Theatern, gerade auch den privaten, auf Kampnagel mit dem Sommertheater, dem Frauenfestival und vielen anderen Ereignissen, im Literaturhaus, in der Freien Akademie. Aber auch mit einer vitalen, anziehenden Musikszene, die von der klassischen Oper und hervorragenden Konzerten bis zur Jazz- und Rockmusik reicht. Auch im Filmbereich ist Hamburg zu einem lebendigen, international anerkannten Mittelpunkt geworden.

Insbesondere das breitgefächerte Angebot an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in fast allen Kunst- und Kulturfeldern macht Hamburg zu einem Anziehungspunkt für Künstlerinnen und Künstler.

Die Politik hat im kulturellen Bereich nicht selbst inhaltlich gestaltend zu wirken. Aber sie kann unterstützen, ermutigen, Ansprechpartner sein, und sie muß, wo irgend möglich, helfen, die finanziellen Mittel – aus dem Haushalt und ergänzend von privater Seite – bereitzustellen, derer es zur Entfaltung kulturellen Lebens auch bedarf. Das haben wir uns für die nächste Legislaturperiode vor allem vorgenommen:

- ▶ Wir werden die Stadtteilkultur und die Geschichtswerkstätten verstärkt fördern. Die personelle Ausstattung der Stadtteilkulturzentren wird stabilisiert.
- ▶ Die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen werden als wichtiges Element stadtteilbezogener Kulturarbeit erhalten. Das Angebot wird ortsnah sichergestellt, modernisiert und verbreitert. Der Medienetat wird erhöht. Möglichkeiten der Vernetzung mit anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen werden genutzt.
- ▶ Die Bühne der Staatsoper wird modernisiert.
- ▶ Das Thalia-Theater, das 1993 sein 150jähriges Jubiläum hat, wird erweitert und gründlich saniert.

- ▶ Hamburg braucht wieder ein Jugendtheater.
- ▶ In den Altonaer Zeise-Hallen wird das Filmförderungs-
zentrum als Teil der Hamburger Medienlandschaft
weiter ausgebaut. Damit wird die vorbildliche Ham-
burger Filmförderung weiter ergänzt. Sie soll auch Ver-
triebs- und Abspielförderung einschließen.
- ▶ Hamburg besitzt in dem ehemaligen Konzentrations-
lager Neuengamme eine Stätte von europäischer Di-
mension. An diesem Ort haben Menschen aller euro-
päischen Völker in unsagbarer Weise gelitten, hier
wurden sie gequält, gefoltert und ermordet. An diese
Stätte kommen Jahr für Jahr unzählige Menschen aus
allen europäischen Ländern, um der Leiden ihrer
Angehörigen zu gedenken.

Die geistige Verarbeitung dieses Geschehens wurde
erst sehr spät begonnen. Auf Drängen des Ersten
Bürgermeisters wird jetzt die Entscheidung der
Nachkriegszeit korrigiert und die in den Gebäuden
des ehemaligen KZ vorhandene Strafvollzugsanstalt
verlagert.

Durch diese Entscheidung kann das ehemalige KZ end-
lich zu einer angemessenen Gedenkstätte weiterent-
wickelt werden. Dabei genügt freilich museales Erin-
nern nicht. Wichtig ist, daß das Gedenken an die
Schrecken der Vergangenheit hinführt zu der Einsicht,
daß in Gegenwart und Zukunft sich ähnliche Men-
schenrechtsverletzungen auch nicht ansatzweise wie-
derholen dürfen.

- ▶ Die „Kunstinsel“ am Hauptbahnhof wird gründlich
umgestaltet. Neben der Kunsthalle wird ein großer
Museumsneubau errichtet, der im wesentlichen der
Ausstellung zeitgenössischer Kunst dienen soll.

- ▶ Das Museum der Arbeit, von Hamburgs SPD ins Leben gerufen, wird aus dem bisherigen Provisorium herausgeführt. Erstmals wird die menschliche Arbeit in allen ihren Facetten zum Gegenstand eines Museums.
- ▶ Das Hamburger Museum für Archäologie und die Geschichte Harburgs, das Helms-Museum, wird in seinen verschiedenen Bauteilen fertiggestellt. Mit dem geplanten Umbau der ehemaligen Handwerkskammer zu einer Abteilung Archäologie wird das Konzept des Museums abgerundet.
- ▶ Die Sanierung des Völkerkundemuseums, die außen weitgehend abgeschlossen ist, wird im Inneren fortgesetzt.
- ▶ Wir werden uns verstärkt um bessere Arbeits- und Ausstellungsmöglichkeiten für bildende Künstler bemühen, insbesondere durch Unterstützung bei der Suche nach Atelierräumen, zum Beispiel in leerstehenden oder freiwerdenden Fabriken und Werkstätten.
- ▶ Das auf sozialdemokratische Initiative hin entstandene Literaturhaus am Schwanenwik hat die Literaturszene in Hamburg bereichert. Seine finanzielle Basis erscheint noch immer unzulänglich. Es soll deshalb alles geschehen, um weiteres *privates Engagement* zu fördern.
- ▶ Denkmalschutz bewahrt das Bild, die Identität und die Lebensqualität der Stadt. Er schließt auch das „historische Grün“ der Parks, Gärten, Anlagen und Friedhöfe ein.
- ▶ Die Speicherstadt – das wohl eindrucksvollste städtische Ensemble Hamburgs – wird unter Denkmalschutz gestellt. Dadurch ist ihre langfristige Nutzung

unter Erhalt des architektonischen Erbes rechtlich gesichert.

- ▶ Die Förderung eigenständiger Kulturprojekte für ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen wird weiterhin ein Schwerpunkt sein und an veränderte Bedarfe angepaßt.

6

UNSERE AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER

Die Atmosphäre in Hamburg – einer liberalen, weltoffenen Handelsstadt – ist schon seit vielen Generationen durch das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten positiv geprägt, auch wenn unterschiedliche Lebensvorstellungen gelegentlich zu Spannungen und Problemen führen. Unser Demokratieverständnis verlangt, daß kommunale Entscheidungen, die jeden in Hamburg betreffen, auch von allen Einwohnern demokratisch legitimiert sein müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn das Grundgesetz mit 2/3-Mehrheit von Bundestag und Bundesrat geändert wird. Dafür werden sich Hamburgs Sozialdemokraten einsetzen.

Wir wollen deshalb – zusammen mit anderen – in der kommenden Legislaturperiode Initiativen auf Bundesebene ergreifen, um das angestrebte Ziel schrittweise zu erreichen:

- ▶ Wir möchten den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtern, insbesondere für die Ausländer, die schon lange in Deutschland leben oder hier geboren sind.
- ▶ Wir halten es für notwendig, daß die Bundesrepublik eine doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert.
- ▶ Wir werden im Zuge des Zusammenwachsens der Staaten der EG Wahl- und Bürgerrechte auf Gegenseitigkeit fördern.

Wir wollen im Rahmen der Hamburger Verfassung Ausländerbeiräte schaffen, in denen die ausländischen Mitbürger Hamburgs an Entscheidungen, die diese Mitbürger betreffen, mitwirken können. Wir wollen damit ein weiteres Instrument schaffen, das Integration, Toleranz und fairen Interessenausgleich ermöglicht und verstärkt.

Darüber hinaus werden wir Meldeangelegenheiten von Nichtdeutschen, mit Ausnahme der Wahrnehmung des Asylverfahrensgesetzes, des Aufenthalts für besondere Zwecke, der Visa-Angelegenheiten und der Einbürgerung auf die Bezirksämter verlagern. Wir werden in unseren Anstrengungen und unserer politischen Arbeit nicht nachlassen, die Integration der Hamburger mit deutscher und nichtdeutscher Staatsbürgerschaft zu fördern, insbesondere durch gleichberechtigten Zugang aller zu Bildung, Ausbildung, weiterqualifizierender Fortbildung und zu allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Um hier alle unsere Anstrengungen zu bündeln, haben wir für die Berufung eines Ausländerbeauftragten gesorgt.

Eine Einschränkung des Asylrechts für politisch Verfolgte lehnen wir Sozialdemokraten ab. Wir registrieren allerdings mit Nüchternheit, daß in einigen Bereichen in allen großen deutschen Städten Spannungen entstanden sind und die Kritik wächst. Diese richtet sich im Kern aber nicht gegen poli-

tisch Verfolgte, sondern gegen diejenigen, die unbegründete Asylanträge stellen; auch gegen einige Gruppen von Zuwanderern.

Fluchtgründe bestehen millionenfach in blanker Existenzbedrohung durch Armut, Hunger und soziale Konflikte. Die hiervon betroffenen Menschen pauschal eines Mißbrauchs des Asylrechts zu bezichtigen und als „Schein- oder Wirtschaftsasylanten“ abzutun, lehnen wir ab. Wir können diese Probleme jedoch nicht durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus aller Welt lösen. Hanseaten sind für praktische, wirklichkeitsnahe Lösungen. Unbegründete Asylanträge können ohne Änderung des Grundgesetzes abgelehnt werden. Diese Entscheidungen müssen schnell getroffen werden.

Hamburg ist stolz auf seine Tradition der Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität. Dies gilt vor allem hinsichtlich der Asylgewährung für politisch Verfolgte, dabei soll es bleiben. Max Brauer, Eric Warburg, Herbert und Elsbeth Weichmann haben in anderen Ländern Schutz vor der Verfolgung durch die Nazis gefunden. Gerade ihre Stadt muß deshalb einer Änderung dieses Grundrechts entgegentreten.

DISKRIMINIERUNG ABBAUEN

In Hamburg leben viele Homosexuelle. Sie werden oft noch mit Vorurteilen konfrontiert. Diese Diskriminierung wollen wir weiter abbauen. Wir wollen eine Aufklärung über Homosexualität bereits im Schulunterricht und eine weitere Unterstützung der vielen Homosexuellen-Selbsthilfe-Organisationen. Auch bleibt es wichtig, die Hamburger Bundesratsinitiative zur Abschaffung des § 175 StGB durchzusetzen.

SICHER IN HAMBURG LEBEN

Wie in allen anderen deutschen Großstädten haben wir es in der Hafenstadt Hamburg mit zunehmenden Straftaten zu tun.

Bei ihrer schwierigen Arbeit haben die Beamten der Polizei Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung durch Gesellschaft und Politik. Der SPD-geführte Senat wird dieser Unterstützung auch in der nächsten Wahlperiode einen hohen Stellenwert einräumen und in einem umfangreichen Programm eine gerechte Bewertung der Tätigkeit vieler hundert Hamburger Polizeibeamter sicherstellen.

Auf die Sicherheitsfragen haben Politik und Polizei in Hamburg in vielfältiger Weise reagiert, insbesondere durch Personalvermehrung und zweckmäßigere Organisationsformen, die von den Berufsvertretungen der Polizeibeamten als wirksame Instrumente gefordert wurden, z. B. die Wiedererrichtung eines Landeskriminalamtes.

Diesen Weg werden wir weiter gehen, z. B. durch:

- ▶ Attraktivitätssteigerung für den Beruf des Polizeibeamten, auch zur Sicherung des notwendigen und zugleich immer knapper werdenden Nachwuchses, durch Verbesserung der Stellenstruktur;
- ▶ Reform der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Dabei ist den veränderten gesellschaftspolitischen Anforderungen besonders Rechnung zu tragen; die Rolle der Polizei in einer demokratischen Gesellschaft muß überdacht werden; Deeskalation und Konfliktbewältigung müssen geübt werden;
- ▶ Verstärkte Öffnung der polizeilichen Aus- und Fortbildung für externe Lehrkräfte;
- ▶ Verbesserung der Ausrüstung von Polizisten mit Schutzkleidung für Auseinandersetzungen mit gewalttätigen Demonstranten;
- ▶ Investitionen im baulichen Bereich, die besonders dringlich sind.

Uns ist bewußt, daß die Probleme von Gewalt und Kriminalität nicht allein durch polizeiliche Mittel gelöst werden können. Ebensowenig kann ein Krisenmanagement wie etwa der Versuch, Gewalt bei Großdemonstrationen in frühzeitiger Absprache mit den Veranstaltern zu verhindern, die Lösung der eigentlichen gesellschaftlichen Probleme ersetzen.

Wir wollen dafür sorgen, daß der Ausweg aus einer persönlichen oder sozialen Notlage von Gruppen oder einzelnen

nicht in Gewalthandlungen gefunden wird. Dies bleibt Grundlage unserer Politik der inneren Sicherheit.

Eine konfliktfreie Gesellschaft wird es niemals geben. Aber Konflikte dürfen nicht mit Gewalt ausgetragen werden. Wer dies nicht respektiert, kann nicht mit unserer Toleranz rechnen. Den eingeschlagenen Weg zur rechtsstaatlichen Beendigung des Hafentraßen-Projekts werden wir weitergehen. Unsere Anstrengungen zur gezielten Bekämpfung des organisierten Verbrechens bauen wir weiter aus. Wir werden die dafür geschaffenen speziellen Fachabteilungen weiter verstärken, dies gilt auch für die Bekämpfung der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität.

Rechtsfrieden, Rechtssicherheit und Resozialisierung haben für uns auch in Zukunft Vorrang. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Bereich von Justiz und Strafvollzug werden wir in den nächsten Jahren vor allem folgende Maßnahmen ergreifen:

- ▶ Fortentwicklung der von uns eingeführten neuen Formen der Strafrechtspflege im Bereich der Jugendkriminalität (Helfen statt Strafen).
- ▶ Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Kriminalität im Zusammenhang mit dem Export von Kriegsgeräten; wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, daß das Verbot des Exportes von Kriegsgeräten unverzüglich und umfassend geregelt wird.
- ▶ Beschleunigte Abwicklung auch der Strafverfahren bei organisierter Kriminalität, z.B. beim Drogenhandel.
- ▶ Beschleunigung von Gerichtsverfahren, z. B. durch den Einsatz moderner Technik und die Einrichtung von Gruppengeschäftsstellen.
- ▶ Modernisierung der Justizeinrichtungen.
- ▶ Modernisierung und Verbesserung des Strafvollzugs.

- ▶ Einrichtung von zwei neuen Amtsgerichten in Hamburg-Nord und Eimsbüttel.

Die bisherige Anbindung der ordentlichen Gerichtsbarkeit an die Justizbehörde und der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit an die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

Wesentlicher Bestandteil unserer liberalen Rechts- und Innenpolitik ist die Gewährleistung des verfassungsrechtlich gebotenen Datenschutzes.

Wir haben in der Vergangenheit die Dienststelle des Datenschutzbeauftragten materiell und personell besser ausgestattet. Auch in Zukunft werden wir darauf achten, daß die Rechte des Bürgers durch einen effektiven Datenschutz gewahrt werden.

Ziel unserer Strafvollzugspolitik ist es, bei Wahrung der Sicherheitsbedürfnisse die Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft zu ermöglichen. Wir wissen um die Schwierigkeit der Abstimmung dieser Ziele. Eine humane Strafvollzugspolitik wird sich immer wieder neu bemühen müssen, durch konkrete Maßnahmen die beiden Ziele in Übereinstimmung zu bringen. Eine erfolgreiche Wiedereingliederung gewährleistet Sicherheit am besten. Der Strafvollzug soll künftig in Richtung auf kleinere Einheiten innerhalb der Vollzugsanstalten entwickelt werden und auch einen Wohngruppenvollzug ermöglichen.

Wesentlich für den Erfolg der Wiedereingliederungsbemühungen ist die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im Strafvollzug. Diese Möglichkeiten haben wir in der Vergangenheit ausgebaut. Auch in Zukunft werden wir auf diesen Bereich besonders achten.

III.

Arbeit sichern – Hamburgs Zukunft gestalten

DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Der Europäische Binnenmarkt und die deutsche Einigung eröffnen gerade in Hamburg vielen Menschen neue Chancen der beruflichen und persönlichen Entfaltung. Manche allerdings geraten in Gefahr, durch das Tempo der ökonomischen und technologischen Veränderungen von den Entwicklungen in Beruf und Gesellschaft abgekoppelt zu werden. Das betrifft viele der rund 69.000 Menschen in Hamburg, die auch nach vielen Wachstumsjahren noch immer ohne Arbeit sind. Etwa die Hälfte von ihnen hat keine abgeschlossene Schul- oder Berufsbildung und ist gegenüber den mehr als 250.000 Einpendlern, die Arbeit in Hamburg gefunden haben, kaum konkurrenzfähig.

Eine wichtige Studie hat kürzlich ergeben, daß im Jahr 2000 in der deutschen Wirtschaft drei Millionen weniger An- und Ungelernte Arbeit haben werden. Und allein in Hamburg gibt es noch immer fast 150.000 ungelernete Beschäftigte! Probleme am Hamburger Arbeitsmarkt sind der Mangel an Arbeitsplätzen und ein hoher Qualifizierungsbedarf angesichts rapide steigender beruflicher Anforderungen. Aktive Beschäftigungspolitik, wie in Hamburg seit Anfang der 80er Jahre vorbildlich verfolgt und deshalb bundesweit nachgeahmt, bleibt daher weiterhin unverzichtbar. Im Rahmen dieser Beschäftigungspolitik wurden seit 1983 mit etwa 500 Millionen DM aus Hamburger Haushaltsmitteln rund 36.000 Arbeitsverhältnisse gefördert. Damit wurde vielen tausend Familien ein bitteres Schicksal erspart. **Weiterbildung** und **Qualifizierung** werden zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Denn die Chance zur Entwicklung der

individuellen Fähigkeiten und Neigungen ist ein Menschenrecht, das für alle in gleichem Maße gilt.

Die Lebenschancen der Bürger und Bürgerinnen, aber auch die Zukunft unseres hochindustrialisierten Gemeinwesens werden von den Möglichkeiten zur Weiterbildung entscheidend geprägt. Das duale Zusammenwirken privater Initiative und öffentlicher Weiterbildungseinrichtungen in diesem vierten Bildungsbereich neben Schule, beruflicher Erstausbildung und Hochschule kann ein qualitativ angemessenes und sozial gerechtes Weiterbildungsangebot sichern. Eine „Verstaatlichung“ dieses Sektors lehnen wir ebenso ab wie bei dem sehr erfolgreichen, bewährten System der dualen Berufsbildung.

Mit zwei Aktionsprogrammen haben wir schon gezeigt, daß wir die Kräfte Hamburgs zu bündeln verstehen:

- ▶ Im Rahmen des „Hamburger Aktionsprogramms Wirtschaft“ hat die Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung, Senat und Bürgerschaft Massenentlassungen auf den Werften verhindert, Arbeitsplätze gesichert, den Unternehmen die Strukturanpassung erleichtert und den Beschäftigten neue berufliche Chancen durch Weiterbildung eröffnet.
- ▶ Mit dem Programm „Weiterbildung für den Binnenmarkt“ haben sich Arbeitgeber, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Senat auf ein wirksames Programm zur Qualifizierung von An- und Ungelernten verständigt.

Zahlreiche andere erfolgreiche Maßnahmen, wie der Aufbau eines „Weiterbildungsinformationssystems“ (WISY), die Errichtung von sechs „Beratungsstellen für Weiterbildung“, die Ausweitung des Lehrangebots der Hamburger Volkshochschule, die Arbeit der „Stiftung Berufliche Bildung – Arbeits-

losenbildungswerk“, vervollständigen diese positive Bilanz. Mit einem Maßnahmenbündel, das sich aus sechs Hauptelementen zusammensetzt, wollen wir in den neunziger Jahren diese Anstrengungen noch verstärken:

1. Die berufliche Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist nach unserer Wirtschaftsordnung Aufgabe der Betriebe. Diese sollten jetzt vermehrte Anstrengungen unternehmen und in Form von betrieblichen Verbundsystemen, überbetrieblichen Weiterbildungszentren und durch die Zusammenarbeit mit außerbetrieblichen Weiterbildungsträgern die dafür notwendige Infrastruktur aufbauen.
Dazu gehört auch, vorhandene Möglichkeiten konsequent zu nutzen. Das Hamburgische Bildungsurlaubsgesetz regt Weiterbildung an. Durch eine flexible Erweiterung und eine vorbehaltlose Nutzung der Freistellungsmöglichkeiten sind die Attraktivität und der Nutzen des Bildungsurlaubs noch zu steigern.
2. Betriebliche Qualifizierung geht immer noch zumeist an den Arbeitslosen vorbei. Wir werden deshalb spezifische Maßnahmen für die berufliche Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, Ungelernten, Berufsrückkehrerinnen und anderen Benachteiligten gemeinsam mit den Betrieben und der Arbeitsverwaltung ergreifen.
3. Weiterbildung ist heute vielfach ein Bereich ohne Strukturen und Sicherheit. 7.800 Angebote von 246 Veranstaltern liegen allein beim Hamburger Arbeitsamt vor: eine unüberschaubare Flut. Durch den Ausbau des Weiterbildungsinformationssystems, die nachfragegerechte Erhöhung der Zahl der stadtteilintegrierten Beratungsstellen für Weiterbildung und die konsequente Werbung für die Teilnahme an Weiterbildung

- sollen alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu trägerunabhängiger Information, Orientierung, Klärung und Beratung bei allen Fragen der Weiterbildung erhalten.
4. Maßstäbe für die Qualität der Angebote zu setzen, ist jetzt eine der wesentlichen Aufgaben öffentlicher Weiterbildungseinrichtungen. Ein Verbraucherschutz, der Qualitätsstandards sichert, existiert auf diesem Feld bislang nicht. Mit einem Weiterbildungsschutzgesetz werden wir diese Lücke schließen. Es soll die didaktischen und technischen Standards der Einrichtungen verbessern und Anstöße für die Fortbildung der Dozentinnen und Dozenten geben.
 5. Das „Dritte Lernangebot“ für Menschen über 50 ist die Folgerung daraus, daß Frauen und Männer heute länger leben und länger aktiv sind. Ihre unersetzlichen Erfahrungen mit dem sich ständig erneuernden Wissen unserer Zeit zu verbinden ist das Ziel.
 6. Es ist eine Grundforderung der Sozialdemokratie, die Anerkennung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung herzustellen. Nach der Reform der beruflichen Bildung in den 70er und 80er Jahren gibt es heute keinen vernünftigen Grund mehr, den Zugang zur Hochschule weiter an überholten Bildungsvorstellungen scheitern zu lassen. Wir wollen deshalb ein durchlässiges System der beruflichen Weiterbildung, das gleichberechtigt zum schulischen Ausbildungsweg den Zugang zu einer wissenschaftlichen Hochschule eröffnet. Diese Reform wird die Vision, die in Hamburg zur Gründung der renommierten „Akademie für Gemeinwirtschaft“, der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Politik führte, dem Ziel alltäglicher Normalität sehr nahe bringen.

Hamburg hat berufliche Weiterbildung nie nur allein als individuelles Angebot begriffen, sondern immer auch als ein Instrument der Standortpolitik. Vorrangig war und bleibt der Aspekt, berufliche Weiterbildung als einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu begreifen, vor allem um zu verhindern, daß bestimmte Gruppen noch besonders benachteiligt werden.

Die Einführung des „Zweiten Arbeitsmarktes“ in Hamburg setzte stets auf die Verbindung von Qualifikationen und Beschäftigung. Ziel muß es sein, in Kooperation mit der Privatwirtschaft, aber auch mit den öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, den Übergang der Absolventen von dem zweiten auf den ersten, „normalen“ Arbeitsmarkt zu fördern. Dies bleibt weiterhin aktuell.

Seit fast einem Jahrzehnt ist Hamburg bei der Ausgestaltung und Entwicklung aktiver direkter **Arbeitsmarktpolitik** bundesweit führend. Mit dem modellhaft entwickelten sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, den Beschäftigungsgesellschaften für ehemalige Sozialhilfeempfänger, dem Programm „Qualifizieren statt Entlassen“ und vielen anderen Initiativen mehr haben Sozialdemokraten in Hamburg den tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel der Stadt mit kommunalen Mitteln erfolgreich sozialverträglicher gestaltet.

Heute sind die Strukturprobleme der 80er Jahre weitgehend überwunden, die positive konjunkturelle Entwicklung prägt das Bild der Hamburger Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken. Zugleich hat die Zahl der Beschäftigten den höchsten Stand seit 1982 erreicht.

Nach wie vor aber ist die Zahl der Arbeitslosen viel zu hoch. Insbesondere Ältere, Langzeitarbeitslose, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Arbeitslose ohne qualifizierte Berufsausbildung stehen auch heute noch vor hohen Eingliederungshürden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist

und bleibt daher für Sozialdemokraten auch in Hamburg von zentraler Bedeutung. Dazu bedarf es einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik ebenso wie der Beiträge der Tarifvertragsparteien. Die Hamburger Arbeitsmarktpolitik ist immer eingebettet in bundespolitische Rahmenbedingungen. Das Arbeitsförderungsgesetz ist in den letzten Jahren durch den Bundestag mehrfach so geändert worden, daß Hamburger Initiativen im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik schwieriger geworden sind. Deshalb sind Sozialdemokraten der Auffassung, daß die Fortentwicklung der Arbeitsmarktpolitik unter den Grundsätzen:

- ▶ Vorrang vorbeugender und aktiver Arbeitsmarktpolitik,
- ▶ dauerhafte Integration von Problemgruppen des Arbeitsmarktes,
- ▶ verbesserte und verstetigte Finanzausstattung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg,
- ▶ Regionalisierung und Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik

auch eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes einschließen muß. Die eingeleitete Umstrukturierung der Programme zur Arbeitsbeschaffung zugunsten der Problemgruppen des Arbeitsmarktes muß weiter fortgesetzt werden.

● Hamburg hat den nächsten Schritt einer innovativen kommunalen direkten Arbeitsmarktpolitik bereits vollzogen. Mit dem Programm „Hamburger Neue Beschäftigungspolitik“ wird über befristete Arbeit hinaus auch Weiterbildung geboten. Hamburg hat damit seine Arbeitsmarktprogramme nach dem Prinzip „Arbeit und Qualifizierung“ umgestaltet und zur Abwicklung der kostenlosen Weiterbildungsangebote für die befristet Beschäftigten einen eigenen Qualifizierungsträger, ZEBRA,

Zentrum zur beruflichen Reintegration von Arbeitslosen e.V., aufgebaut. Wir gehen davon aus, daß die Verbindung von befristeter Beschäftigung und berufsbegleitender Qualifizierung gerade besonders benachteiligten Personenkreisen entgegenkommt und angesichts steigender beruflicher Anforderungen ihre Vermittlungschancen deutlich erhöht.

Damit die in kommunaler Verantwortung initiierten Programme noch wirksamer werden können, ist die enge Kooperation mit Betrieben der Privatwirtschaft, Kammern und Innungen auszubauen. Befristete Beschäftigung und berufsbegleitende Qualifizierung werden so leichter zur Beschäftigungsbrücke in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Unsere Programme sollen hauptsächlich denen zugute kommen, die es auch angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt am schwersten haben. Mit neuen Akzenten wenden wir uns dabei hauptsächlich an Un- und Angelernte, ältere Frauen nach der Kindererziehungszeit, Jugendliche und Langzeitarbeitslose.

Im einzelnen werden wir:

- ▶ die Lohnkostenzuschußprogramme für ältere Langzeitarbeitslose ausweiten,
- ▶ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit umfangreichen Qualifizierungselementen verbinden und in der Kombination flexibler gestalten,
- ▶ Beschäftigungsprojekte effektivieren und verstetigen,
- ▶ alternative Sanierungsträger zur Erhaltung preiswerten Wohnraums fördern,
- ▶ Instrumente zur betrieblichen Eingliederung von Arbeitslosen, etwa von Frauen nach der Erziehungsphase oder von Frauen in gewerblich-technischen Berufen, stärken.

Unser Ziel ist es, in Kooperation mit der Privatwirtschaft den Übergang vom zweiten auf den ersten, eigentlichen Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Von zunehmender Bedeutung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist auch die sozialrechtliche Absicherung von flexiblen Beschäftigungsverhältnissen. Bei rund 150.000 mindergeschützten Arbeitsverhältnissen in der Grauzone des Arbeitsmarktes in Hamburg sind politische Initiativen, etwa um geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig zu machen, dringend erforderlich. Das gilt auch für das generelle Verbot von Leiharbeit.

Eine wesentliche Rolle in der Arbeitsmarktpolitik spielen Hamburgs **öffentliche Unternehmen**, insbesondere auch durch modellhafte Vorhaben etwa zur Integration von Langzeitarbeitslosen, wenngleich sie ihre unternehmerischen Aufgaben so preisgünstig und effizient wie möglich zu erbringen haben. Hierauf haben die Verbraucher in Hamburg Anspruch. Und diesen Anspruch lösen wir ein. Deshalb werden wir auch weitere Verwaltungseinheiten ausgliedern und aufgabengerecht und bürgerfreundlich in der geeigneten Rechtsform, auch als Eigenbetriebe, weiterführen. Zusätzliche Privatisierungen städtischer Leistungen oder Betriebe lehnen wir ab.



WIRTSCHAFT IM ZEICHEN EUROPAS

In weniger als zwei Jahren, am 31. Dezember 1992, soll der Europäische Binnenmarkt vollendet sein. Dann sollen alle verbliebenen materiellen, technischen und fiskalischen Schranken beseitigt sein und vollständige Freizügigkeit für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital herrschen. Wir in Hamburg sind auf diese Entwicklung gut vorbereitet. Natürlich birgt sie auch Risiken. Aber die Chancen überwiegen eindeutig. Und wir haben allen Grund, unserer Stärke zu vertrauen.

In den vergangenen zwei Jahren hat Hamburg wieder Anschluß gefunden an die wirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet. Die sozialdemokratische Standortpolitik der 80er Jahre hat dafür gesorgt, daß unsere Stadt an den großräumigen Entwicklungen in dieser Zeit – anhaltendes Wachstum der Weltwirtschaft, Zusammenwachsen Europas, Überwindung der Teilung Deutschlands - angemessen teilhat.

Für eine Welthandelsstadt im Herzen Europas, als Drehscheibe zwischen Ost und West, an der Schwelle zu Skandinavien und dem traditionellen Ostseeraum der Hanse, bietet die Integration Europas, nicht nur der EG, eine spannende Herausforderung und eine große Zukunft.

Dabei haben sich die weltweiten wirtschaftspolitischen Umbrüche – Globalisierung von Güter- und Finanzmärkten, Spezialisierung der Märkte, Beschleunigung der Innovationsgeschwindigkeit, Verringerung der Fertigungstiefen, neue Logistikkonzepte – auch in Hamburg niedergeschlagen.

Doch durch die hohe außenwirtschaftliche Verflechtung Hamburgs, die Bedeutung der Stadt als überregionales Verkehrs- und Dienstleistungszentrum, die Export- und Wachstumsstärke der hier ansässigen Industrie- und Handelsbetriebe steht unsere Stadt heute im Wettbewerb wieder gut da.

Hohe Zuwachsraten haben sich insbesondere im Dienstleistungsbereich und in der Hafenwirtschaft eingestellt.

Aber auch in der Industrie ist der Strukturwandel weit vorangeschritten. Die fünf wichtigsten Wachstumsbranchen, nämlich Luft- und Raumfahrt, Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Maschinenbau und Chemie, vereinen bereits 41% der Industriebeschäftigten auf sich.

Die Anpassung an den Europäischen Binnenmarkt und an das Zusammenwachsen von West- und Osteuropa bedeutet für Hamburg einen weiteren beträchtlichen Innovationsschub. Es gilt, durch neue Produkte und die stärkere Ausrichtung auf neue Märkte die sich bietenden Chancen wahrzunehmen und gleichzeitig durch Verbesserung der Kostenstrukturen als Standort wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies ist natürlich in erster Linie eine Aufgabe der Hamburger Unternehmer. Aber auch Arbeitnehmer, Wissenschaft, Kultur, alle Verantwortlichen sind gefordert, weitere notwendige Voraussetzungen zu schaffen.

Dem Staat kommt in diesem Prozeß vor allem die Rolle eines Moderators zu, der zur Abstimmung vielfältiger privater und öffentlicher Aktivitäten beiträgt.

In diesem Sinn haben wir für die nächsten Jahre folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Hamburg verfügt bereits heute über besondere Standortqualitäten, die vor allem für Branchen mit einer starken europäischen Orientierung wichtig sind. Dazu gehören Wachstumsbereiche wie die Luftfahrtindu-

strie, die Elektronikindustrie, Softwareunternehmen oder die Medien- und Beratungsbranche. Diese Standortqualitäten in den Bereichen Technologie, Bildung, Kultur und Umwelt müssen nach europäischen Maßstäben gezielt ausgebaut werden. Wachsende Bedeutung erhalten dabei die Stadtentwicklungspolitik und die Verkehrsplanung. Beispiele dafür sind u. a. die Hafentwicklung, die Bereitstellung von Gewerbeflächen am Flughafen oder die Erschließung des nördlichen Hafenrands für den Dienstleistungsbereich.

2. Eine breitgestreute Fremdsprachenkenntnis gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen künftiger Wettbewerbsfähigkeit. Wir werden deshalb in allen Bereichen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung die entsprechenden Anstrengungen verstärken und insbesondere darauf hinwirken, daß bis zum Jahr 2000 an 50 Hamburger Grundschulen eine 1. Fremdsprache gelehrt wird.
3. Noch immer fehlen notwendige Kenntnisse über die anstehenden Veränderungen. Wir wollen deshalb eine umfassende Beratung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen sowie des Handwerks über die Folgen des Europäischen Binnenmarktes und der Öffnung Osteuropas für ihr unternehmerisches Handeln in Seminaren, Workshops, Gesprächsrunden, Branchenkonzferenzen organisieren.
4. Ein wichtiger Faktor für die weitere erfolgreiche Entwicklung der Hamburger Wirtschaftsstruktur ist auch künftig die intensive Nutzung neuer Technologien. Das gilt für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der europäisch orientierten Industriebranchen ebenso wie für die mittelständischen Betriebe und das Hamburger

Handwerk. Erschließung neuer Märkte, Verminderung von Energie- und Umweltlasten, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Produktivität sind Aufgaben, die nur mit der bewußten und konsequenten Nutzung neuer technologischer Möglichkeiten bewältigt werden können.

Mit dem Hamburger „Aktionsprogramm Wirtschaft“ sind in den letzten Jahren zur Beschleunigung des Strukturwandels wichtige Impulse, beispielsweise zur Diversifizierung im Schiffbau, zur Gründung der Umwelt-Agentur oder zur Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in der Informatik gegeben worden. Senat und Bürgermeister werden diese Strategien zur Verbesserung der technologischen Infrastruktur in Hamburg fortsetzen und in den neunziger Jahren weiter ausbauen.

5. Angesichts des immer höheren Stellenwertes von Informations- und Kommunikationstechniken muß die entsprechende Infrastruktur laufend optimiert werden. Das gilt z. B. für die Einbeziehung der mitteleuropäischen Handelszentren in das bewährte DAKOSY-System. Im Sinne einer weiteren Ausweitung der Anwendung entsprechender Techniken werden wir gezielt kleine und Kleinst-Betriebe beraten, die diese Mittel einführen wollen.
6. Hamburgs Stellung als zentraler Standort für unternehmensbezogene Dienstleistungen ist schon heute von großer Bedeutung. Um diese Position zu stärken, wollen wir weiteres „Human Capital“ anziehen, um hier noch mehr wissenschaftlich-technisches Know-how, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Umwelttechnologie, aber auch zusätzlichen Sachverstand im Bereich

des Wirtschafts-, Europa- und Steuerrechts in der EG sowie in Mittel- und Osteuropa anzubieten. Dabei wäre es ein großer Vorteil, wenn eine so wichtige Institution wie der geplante Internationale Seegerichtshof der Vereinten Nationen endgültig in Hamburg angesiedelt werden könnte.

Die Bundesregierung muß die UN-Seerechtskonvention endlich zeichnen, wie es alle anderen EG-Staaten außer England und wie es auch ein Teil Deutschlands – die frühere DDR – getan haben.

7. Die volkswirtschaftlich so relevanten unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden allerdings nur dann in Hamburg weiter wachsen, wenn auch der Industriestandort Hamburg gedeiht. Denn ohne produzierendes Gewerbe bleibt auf Dauer auch die Nachfrage nach qualifizierten Dienstleistungen aus. Und nach wie vor liegt die volkswirtschaftliche Stärke Deutschlands in der weit überdurchschnittlichen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Entsprechende Neuansiedlungen – z. B. rund um den Luft- und Raumfahrzeugbau – werden von uns deshalb gezielt gefördert und unterstützt.

An der strukturpolitischen Gestaltung werden wir Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgeberverbände auch künftig beteiligen durch einen strukturpolitischen Runden Tisch mit entsprechenden Initiativmöglichkeiten, der den Ersten Bürgermeister und den Senat direkt berät.

8. Hamburg ist ein bedeutender Medienstandort. Wir werden deshalb auch unter den durch die deutsche Einheit veränderten Bedingungen alle Anstrengungen unternehmen, um Hamburgs Stellung als Medienzen-

trum für Zeitungen, Zeitschriften, Verlage, Film, Rundfunk, Fernsehen, Programmanbieter und Werbewirtschaft zu erhalten, zum Beispiel durch den Ausbau des breitgefächerten Angebots an Aus-, Fort- und Weiterbildung auf diesem Sektor.

Hamburg ist zu einem bedeutenden Messe- und Kongreßzentrum geworden. Der Bau einer großen Veranstaltungshalle wird zusätzliche Ereignisse nach Hamburg bringen und deren Übertragung in alle Welt ermöglichen. Mit der Richtungsentscheidung für den Standort der geplanten Mehrzweckhalle auf dem Gelände des Großmarktes ist nicht nur die Voraussetzung für eine weitere Stärkung Hamburgs als Kultur- und Unterhaltungsmetropole geschaffen worden, die Verlagerung des Obst-, Gemüse- und Blumengroßmarktes nach Allermöhe eröffnet darüber hinaus auch Erweiterungsmöglichkeiten für Marktbetriebe und bedeutet eine wesentlich verbesserte Verkehrsanbindung für Schiene und Straße auch zu den neuen Bundesländern. Für die Stadtentwicklung wird durch diese Standortentscheidung eine Erweiterung der schnell wachsenden City-Süd in Richtung auf die Wasserflächen des Oberhafens und damit eine Verbindung zu künftigen City-Erweiterungsflächen möglich.

9. Für das Außenhandelszentrum Hamburg ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß sich die Europäische Gemeinschaft nicht nach außen abschottet. Bürgermeister und Senat werden sich insbesondere dafür einsetzen, daß die Verhandlungen über die Bildung eines „Europäischen Wirtschaftsraums“ von EG, den skandinavischen EFTA-Ländern und nach Möglichkeit auch den Staaten Mittel- und Osteuropas zum Erfolg führen.

10. Das Hamburger Handwerk ist nicht nur wegen seiner großen Bedeutung für die Beschäftigung und Ausbildung eine entscheidende Stütze der Hamburger Wirtschaft.

Mit ihrem vielfältigen Leistungsangebot sind die Handwerksbetriebe als Zulieferer und als spezialisierte Produzenten von Waren und Dienstleistungen unverzichtbar.

Das innovative Potential des Handwerks trägt maßgeblich dazu bei, neue umweltschonende oder energiesparende Techniken einzuführen und zu verbreiten. Existenzgründer entwickeln neue unternehmerische Aktivitäten und erschließen neue Marktfelder. Gerade durch diese jungen Unternehmen sind in den letzten Jahrzehnten die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen worden.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird auch künftig das mittelständische Handwerk in der Stadt fördern. Dies gilt für die verstärkte Bereitstellung entsprechender Gewerbeflächen ebenso wie für die Unterstützung von innovativen Projekten, beispielsweise in den Feldern Umwelt und Technologieanwendung.



ZUKUNFTSINVESTITION WISSENSCHAFT

Wissenschaft und Forschung sind ein besonders wichtiges Zukunftsfeld. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft erfordert neue Formen des Produzierens und Konsumierens. Wissenschaft muß dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern und zugleich neue Leitbilder für eine humane Gesellschaft zu entwickeln, die sich ihrer Verantwortung für die Natur und für die Schwächeren in der Gesellschaft bewußt ist.

Hamburg kann dabei mit seinem vielfältigen intellektuellen und kreativen Potential in Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen eine richtungweisende Rolle spielen. In eine gute Zukunft muß weiter investiert werden. Zumal es in Hamburg den über 60.000 Studierenden und den 12.000 Beschäftigten an Problemen nicht fehlt. Während Hamburg – nach Berlin – pro Kopf der Bevölkerung bundesweit den höchsten Betrag für die Hochschulen aufwendet, bildet es pro Kopf der Studierenden das Schlußlicht – eine absurde Situation, die das Versagen des deutschen Hochschul-Förderalismus kennzeichnet. Die studierwilligen jungen Leute in der Region Hamburg dürfen unter dieser Situation nicht leiden. Im Rahmen der grundgesetzlichen Möglichkeiten werden wir deshalb durch eine regional und sozial ausgewogene gesetzliche Regelung ihre Zugangsmöglichkeiten zu den Hamburger Hochschulen gewährleisten.

Hamburg bietet im Verhältnis viel mehr Studienplätze an als die anderen, besonders die benachbarten Länder. Und der

Zustrom der Studenten nach Hamburg hält an. Wir brauchen also eine deutliche Ausweitung der Studienplatzzahl im geeinten Deutschland, insbesondere die Wiederherstellung leistungsfähiger, ausgebauter Hochschulstrukturen in den fünf neuen Ländern. Wir brauchen entsprechend eine besser auf die bundesweite Nachfrage nach Studienplätzen abgestimmte Politik aller Länder. In Hamburg hingegen brauchen wir eine qualitative Verbesserung der Studienbedingungen an unseren Hochschulen, so daß die Überlastsituation mittelfristig abgebaut werden kann.

Der im neuen Hamburger Hochschulgesetz vorgesehene Hochschulzugang für Nicht-Abiturienten bietet eine wichtige Reformperspektive, an der wir mit Nachdruck arbeiten werden. In derselben Zeit, in der die Zahl der Studenten steil angestiegen ist, gingen die Bonner Förderungen zurück und konnten auch mit Hamburger Landesmitteln nicht völlig ausgeglichen werden. Statt dessen hat der Bund verfehlte Programme aufgelegt, mit denen die Hamburger Hochschulen nur begrenzt etwas anfangen können.

Damit Hamburg eine Metropole der Wissenschaft bleibt, haben wir für die kommende Legislaturperiode umfangreiche Erweiterungs- und Neu-Vorhaben vorgesehen, nämlich

- ▶ Ausbau der Technischen Universität Hamburg-Hamburg (4. Bauabschnitt), so daß dann insgesamt 2.800 Studienplätze angeboten werden können;
- ▶ Zusammenführung der in der Meeres- und Klimaforschung arbeitenden Einrichtungen zu einem Zentrum für Marine- und Atmosphärische Wissenschaften und Errichtung eines entsprechenden Neubaus in Bahrenfeld;
- ▶ Errichtung eines Forschungszentrums für Molekulare Neurobiologie;

- ▶ Aufbau von Technologiefolgenabschätzung und -bewertung im Zusammenhang mit dem Ausbau der molekularbiologischen Forschung;
- ▶ Errichtung eines Beschleuniger- und Tomographie-Zentrums als gemeinsames Projekt der Hamburger Hochschulen und der Hamburger Wirtschaft;
- ▶ Aufbau eines Zentrums für Mikro-Strukturforschung und eines Zentrums für Biomechanik von Universität und Technischer Universität;
- ▶ Förderung der Forschung zur Altlastensanierung;
- ▶ Ausbau von Forschung und Lehre in den Bereichen Geriatrie und Gerontologie, insbesondere auch durch die Einrichtung einer Professur für diese Fachbereiche.

Diese Schwerpunkte müssen Teil eines Entwicklungskonzeptes für die Hamburger Hochschulen werden.

Das fast völlige Fehlen von Nachwuchsstellen in vielen Fächern beraubt die Hochschulen eines wichtigen Innovationspotentials und Hamburger Absolventen der Qualifizierungsmöglichkeiten für einen wissenschaftlichen Beruf. Da wegen der allgemeinen Finanzlage allenfalls im Rahmen des gegenwärtigen Personalbestandes geplant werden kann, müssen die Hochschulen in den Stand gesetzt werden, wenigstens flexibel Stellenumwandlungen vorzunehmen. Die Schaffung von Stellen für wissenschaftlichen Nachwuchs auf diesem Wege muß hohe Priorität erhalten.

Die Hochschulen müssen stärker als bisher selbst in den Stand gesetzt werden, konzeptionelle Beiträge zur Studienreform, zu einem Struktur- und Entwicklungskonzept und zu Umschichtungen ihres wissenschaftlichen Personals zu leisten, indem ihre Entscheidungsautonomie und ihre Eigenverantwortung gestärkt werden.

Die soziale Lage der Studierenden hat sich in den 80er Jahren entscheidend gewandelt. Mehr als 55% aller Studierenden müssen regelmäßig während des Studiums arbeiten, Folge vor allem des BaföG-Kahlschlags der Bonner Koalition:

- ▶ Aufgrund zu geringer Freibeträge fallen sogar Kinder aus Familien mit ganz niedrigen Einkommen aus der Förderung heraus.
- ▶ Die Vergabe von BaföG als Vollkredit belastet die Studierenden nach Studienabschluß mit ca. 40.000 – 50.000 DM Schulden.
- ▶ Die zu kurze Förderungshöchstdauer führt häufig zum Studienabbruch und zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit während der Examensphase und somit zur Verlängerung der Studienzeiten.

Nach den Änderungen der BaföG-Novelle halten wir nunmehr folgende Maßnahmen für erforderlich:

- ▶ Wiedereinstieg in die Schülerförderung,
- ▶ weitere Erhöhung der Förderungsbeträge entsprechend den tatsächlichen Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten,
- ▶ Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch für Studierende,
- ▶ Ausweitung des Bestands an Wohnheimplätzen,
- ▶ Förderung von Studierenden mit Kindern.

Hamburg wird eine Initiative zur Novellierung des Hochschul-Rahmengesetzes ergreifen, um u.a. die verfaßte Studentenschaft abzusichern und die paritätische Mitbestimmung aller Gruppen zu erreichen. Es ist Zeit für eine sozialdemokratische Handschrift in der Hochschulpolitik.

LEISTUNGSFÄHIGE UND UMWELTVERTRÄGLICHE VERKEHRSENTWICKLUNG

Hamburgs Rolle in Europa als Handels-, Hafen- und Industriestadt ist von seiner Verkehrsfunktion bestimmt. Viele Arbeitsplätze hängen daran. Und besonders jetzt, da Ost und West zusammenwachsen, ist es nicht übertrieben, von der Stunde der Verkehrspolitik zu sprechen. Hafen, Schiene, Straße, Flugverbindungen, öffentlicher Nahverkehr: Weichenstellungen sind nötig.

Eine umweltgerechte und sozial verträgliche Verkehrspolitik muß integraler Bestandteil einer regionalen Infrastrukturpolitik sein, die

- ▶ durch Dezentralisierung und Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit den Verkehr reduziert;
- ▶ den notwendigen Fern- und Güterverkehr weitgehend auf die Schiene und Wasserstraßen, den Personennahverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel verlagert und
- ▶ den verbleibenden Verkehr durch bauliche sowie verkehrsordnende Maßnahmen optimiert und seine Belastungen durch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung reduziert.

1989 wurden im **Hamburger Hafen**, dem größten in Deutschland, dem zweitgrößten Container-Hafen Europas, dem zehntgrößten Hafen der Welt, etwa 58 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen, darunter ein deutlich höherer Stückgutanteil als in anderen Häfen.

Und alles spricht dafür, daß der Hafenumschlag in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen wird: allein im Verkehr mit den neuen Bundesländern und den Staaten Osteuropas wird in kurzer Zeit eine drei- bis fünffache Gütermenge erwartet. Der Hamburger Hafen hat sich in den vergangenen zehn Jahren bereits gründlich vorbereitet. Unser Hafen ist nicht mehr nur Umschlagplatz für Güter zwischen Land- und Seeverkehrsträgern und Standort für Industrie, die seeschiffstiefes Wasser benötigt. Längst kann eine Fülle zusätzlicher gewerblicher und dienstleistender Aktivitäten angeboten werden, die die Transportkette verbessern. Hamburgs Hafen ist Spitze.

Der Hafen der Zukunft wird noch stärker als heute ein logistisches Zentrum für internationale Transport- und Informationsströme sein. Dabei ist die Konkurrenz auch von Städten ohne Häfen groß: die relativ abnehmende Bedeutung traditioneller Standortfaktoren, die hohe verkehrliche Erschließung Westeuropas und die rasanten Fortschritte der Kommunikationstechniken machen die Entwicklung der Seehäfen zu logistischen Zentren nicht zwangsläufig. Um so wichtiger ist es, daß wir uns früher als andere darauf eingestellt haben.

Für die nächsten Jahre bedeutet dies vor allem, den Hafen als Dienstleistungszentrum im Norden, als Knotenpunkt der europäischen Wirtschaftsräume und als Tor Europas weiter auszubauen und unsere traditionellen Partner in Sachsen und der CSFR, in Polen und Ungarn, in ganz Mittel- und Osteuropa wieder wie früher an Hamburg zu binden.

Deshalb lauten unsere hafenpolitischen Ziele:

- ▶ Sicherung und Ausbau der Umschlags- und Verkehrsfunktion mit dem Schwerpunkt auf dem Stückgutsektor bei Stabilisierung des Massengutumschlags.
- ▶ Bestandspflege und Förderung der Diversifikation in der Seehafenindustrie; Unterstützung beim wirtschaft-

lichen Strukturwandel, insbesondere bei der Be- und Verarbeitung von Im- und Exportgütern.

- ▶ Ausbau des logistischen Zentrums im Bereich qualifizierter Dienstleistungen und gewerblicher Serviceeinrichtungen.
- ▶ Weitere Fortbildung der Hafentarbeiter.
- ▶ Verbesserung der Sicherheit beim Umschlag gefährlicher Güter.

Ohne eine weitere Expansion im Hafengebiet werden traditionell mit dem Hafen verbundene Branchen wie Banken und Versicherungen oder neue industrielle Produktionen nur schwer im europäischen Wettbewerb bestehen können. Dafür ist eine moderne telekommunikationstechnische Infrastruktur zu international wettbewerbsfähigen Gebühren unabdingbar. Mit der Hafentwicklung wird also auch über die Entwicklung anderer wichtiger Wirtschaftsbereiche der Stadt entschieden.

Hafenentwicklungspolitik ist daher Politik zur Förderung des Standorts Hamburg.

Zugleich muß Hafenentwicklungspolitik insbesondere in einem Stadtstaat wie Hamburg die Endlichkeit der Ressource „Fläche“ sowie die ökologischen und sozialen Kosten der Erschließung neuer Flächen für Hafennutzungen berücksichtigen. Oberstes Gebot des Flächenmanagements im Hafen muß daher Sparsamkeit sein. Also intensive Flächennutzung gerade bei Wachstum des Hafens.

In die notwendigen Strukturmodernisierungen im Hafen werden bis 1995 viele Millionen DM investiert. Besonders hohe Priorität wird dabei folgenden Maßnahmen beigemessen:

- ▶ Ausbau der Bahnanlagen im westlichen Hafen.
- ▶ Umstrukturierung vorhandener Flächen und Anlagen im mittleren und östlichen Hafen (Herrichtung von Helgenflächen, Bau von Kaimauern, Schaffung zusätz-

licher Flächen durch weitere Zuschüttung von Hafenbecken, Verkehrserschließungen, Bau weiterer Liegeplätze).

- ▶ Verstärkte Nutzung von Brachflächen durch zügige Herrichtung zur erneuten Nutzung, gegebenenfalls durch Sanierung von Altlasten („Flächenrecycling“).
- ▶ Vertiefung von Liegeplätzen.

Der Flughafen Fuhlsbüttel und die dortige große Luftwerft bilden ein internationales Dienstleistungs- und Innovationszentrum mit überregionaler Ausstrahlung. Ohne servicefreundlichen Flughafen mit internationalen Direktverbindungen kann eine internationale Handels-, Industrie- und Dienstleistungsmetropole heute nicht bestehen. Kein Zweifel: hier war unsere Stadt zurückgefallen. Frankfurt, Kopenhagen und London waren davongezogen, während Hamburg, Schleswig-Holstein und der Bund als Träger des Flughafens Hamburg um Kaltenkirchen prozessierten.

Wir wissen, für viele Hamburgerinnen und Hamburger bedeutet der Flughafen täglich Belastungen und Belästigungen. Wir nehmen dies sehr ernst und werden daher den Lärmschutz am Flughafen konsequent verbessern durch:

- ▶ strikte Einhaltung des Nachtflugverbots,
- ▶ Verbesserung des Lärmschutzes auf dem Flughafenvorfeld und den Bau einer Lärmschutzhalle mit Abgasfiltern,
- ▶ Vermeidung lauter Flugzeuge und
- ▶ Ausweitung der Lärmschutzzonen zur Förderung entsprechender Maßnahmen.

Wir Sozialdemokraten treten für ein norddeutsches Luftverkehrskonzept ein, das für die Anwohner des Flughafens Fuhlsbüttel spürbare Entlastungen bringt. Mittelfristig könnte eine Anbindung des Flughafens Hannover-Langenhagen an das

Fernschnellzugnetz zu einer erheblichen Entlastung führen. Außerdem erwarten wir von einem leistungsfähigeren Schienennetz eine Verlagerung vom Kurzstreckenflugverkehr auf die Bahn.

Langfristig kann es über die Ausschöpfung aller heutigen Möglichkeiten hinaus erforderlich sein, einen norddeutschen Großflughafen zu errichten. 400.000 Einwohner, die den Flughafenlärm zu spüren bekommen, haben Anspruch auf weit-sichtige Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelästigung. Deswegen hat Bürgermeister Henning Voscherau mit den benachbarten Landesregierungen und dem Bund Gespräche aufgenommen.

Für die Übergangszeit muß jedoch die Leistungsfähigkeit des Flughafens Hamburg als nordeuropäischer Verkehrsknotenpunkt verbessert werden. Das Programm, die Abfertigungshallen zu erneuern, ist abzuschließen; die verkehrstechnische Anbindung des Flughafens muß gegenüber anderen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen mit hoher Priorität vorangetrieben werden.

Die Verhandlungen des Bürgermeisters waren erfolgreich. Die Bundesregierung hat zugesagt: Für den Bau der Anbindung des Flughafens an die A 7 stehen rund 300 Millionen DM zur Verfügung. Ministerpräsident Björn Engholm hat für Schleswig-Holstein eine Kostenbeteiligung von über 30 Millionen DM zugesagt – ein Beweis guter Zusammenarbeit.

Parallel hierzu ist eine Schienenanbindung des Flughafens beschlossen, die auf den Bau der Ortsumgebung Fuhlsbüttel abgestimmt wird. Dabei werden wir neben dem Anschluß von Süden auch einen Anschluß nach Norden unterstützen.

Zur Verminderung des Risikos der Bevölkerung sollten dann Gefahrguttransporte zum Flughafen auf die Schiene verlegt werden.

Wir werden umgehend ein Gesamtverkehrskonzept erarbeiten, unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen. Insbesondere wird in dieser Planung der überregionale Wirtschaftsverkehr auf Schiene, Straße, Wasser und in der Luft ebenso berücksichtigt wie die Verkehrsströme des Individualverkehrs und als deren angestrebte Alternative: ein leistungsstarker, kostengünstiger und attraktiver öffentlicher Personennahverkehr.

Dabei werden die in der Zwischenzeit neugeschaffenen Gewerbe- und Industriegebiete mit ihrer großen Zahl an Mitarbeitern besonders zu beachten und deren Verknüpfung mit Gebieten konzentrierter Wohnbebauung an den Rändern der Stadt vorrangig zu berücksichtigen sein. Das neu geschaffene Gesamtverkehrskonzept wird mit den Interessen der umgebenden Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Hinblick auf großräumige Bezüge abgestimmt und soll für alle konzeptionellen und planerischen Entscheidungen des nächsten Jahrzehnts als verbindliche Vorgabe dienen.

Das Gesamtverkehrskonzept wird in spätestens 5 Jahren auf seine Aktualität überprüft.

Schnell realisierte **Infrastrukturmaßnahmen** lösen nicht nur Wachstumsimpulse für Hamburg und die Region aus. Sie werden auch notwendig sein, um die gewaltigen Verkehrsströme bewältigen zu können, die auf Hamburg nach der deutschen Vereinigung zukommen.

Von vorrangiger Bedeutung ist für Hamburg insbesondere

- ▶ der Bau und die Modernisierung der Schienenverbindung Hamburg-Büchen-Berlin,
- ▶ der Ausbau der Schienenkapazitäten auf der Strecke Hamburg-Hannover,
- ▶ Vertiefung der Unter- und Außenelbe, um auch in

Zukunft größeren Containerschiffen den Zugang zum Hafen zu ermöglichen, wobei wir die ökologische Folgen und die Auswirkungen auf Sturmfluten sorgfältig prüfen werden,

- ▶ die Beseitigung der in 40 Jahren aufgebauten Hindernisse auf der Oberelbe als Binnenschiffahrtsweg,
- ▶ der Bau der 4. Röhre des Elbtunnels; unabhängig vom Zeitpunkt der Realisierung dieser Maßnahmen werden wir uns dafür einsetzen, daß auch die durch die BAB und den Elbtunnel entstandenen Umweltbelastungen in den angrenzenden Stadtteilen durch geeignete Maßnahmen deutlich reduziert werden,
- ▶ der Bau von Güterverteilungszentren als Schnittstellen zwischen schienengebundenen Güterfernverkehren und den straßengebundenen Verteilungsverkehren,
- ▶ der Bau von Terminals für den kombinierten Güterverkehr,
- ▶ eine großräumige Schienenanbindung von Neumünster über Bad Oldesloe nach Hagenow-Land mit Einfädelung in das vorhandene Schienennetz,
- ▶ der Einsatz eines Leitsystems für Engpaßmanagement zur wirksamen Beschleunigung des Wirtschaftsverkehrs,
- ▶ ein getakteter Intercity-Güterverkehr.

Bei allen diesen Maßnahmen ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Ob eine weiträumige Umgehung Hamburgs erforderlich wird, die den Verkehr der Berliner Autobahn, der A1, der A7 und der A23 so aufnehmen kann, daß der Schleichverkehr nicht die Hamburger Stadtteile zerstört, wird die Zukunft lehren. Dies gilt auch für die Frage, ob Maßnahmen erforderlich wären, die die Entlastung der Stadt von Ost-West-Verkehren

bedeuten würden. Diese Entwicklung macht es noch dringlicher, die auch unter ökologischen Aspekten nicht länger hinnehmbaren, innerstädtischen Verkehrsprobleme Hamburgs zu lösen, ohne dabei die Funktion unserer Stadt als Einkaufsmetropole zu gefährden und den Einzelhandel zu schädigen.

Deshalb setzen wir Sozialdemokraten uns konsequent dafür ein, die öffentlichen Nahverkehrsmittel zu fördern.

Im Herbst 1990 haben wir die U-Bahn Mümmelmannsberg eröffnet, im März 1991 die U-Bahn Niendorf bis zum Nordalbingerweg.

Wir werden dem gewachsenen Service- und Sicherheitsbedürfnis der Fahrgäste Rechnung tragen und für diese Dienstleistungen am Kunden eine besondere Gesellschaft gründen.

An weiteren konkreten Maßnahmen für die kommenden Jahre haben wir beschlossen:

- ▶ Anbindung des Flughafens mit einer Schnellbahn;
- ▶ die Beschleunigung des Busverkehrs, z. B. durch Einrichtung von Busspuren und Ampelvorrangschaltungen;
- ▶ den Ausbau des P+R-Systems und des P+R-Systems mit dem Fahrrad;
- ▶ häufigere Fahrten der Bahnen und Busse in den Hauptverkehrszeiten und Abendstunden;
- ▶ Verbesserung der Anschlußsicherung beim Umsteigen von Bus und Bahn;
- ▶ Vergünstigungen für Familien und Inhaber von Abo-Karten;
- ▶ Weiterentwicklung des Großkundenabonnements für Firmen, öffentliche Institutionen und Behörden;
- ▶ Verbesserung der Querverbindungen zwischen den großen Achsen;

- ▶ Einrichtung weiterer Schnellbahn-Expresslinien nach dem Vorbild der S 2 (Bergedorf-Express);
- ▶ die beschleunigte Abwicklung des Programms behindertengerechter Zugänge zu Schnellbahnstationen (z.B. durch mehr Aufzüge);
- ▶ den verstärkten Einsatz von behindertengerecht ausgestatteten Niederflurbussen;
- ▶ die Einrichtung zusätzlicher Schnellbahnstationen an vorhandenen Strecken, z. B. die beiden Haltestellen Bostelbek im Bereich des alten Haltepunkts Tempowerk und Allermöhe.
- ▶ die Verbesserung von Sauberkeit in den Schnellbahnzügen und auf den Bahnhöfen und Haltestellen.

Wir streben die Erweiterung des ÖPNV-Systems durch die Einführung einer modernen Stadtbahn an. Wir erwarten von einer modernen Stadtbahn gegenüber den Schnellbahnen niedrigere Investitionen und kürzere Bauzeiten; gegenüber dem Bus höhere Leistungsfähigkeit, größeren Komfort und bessere Umweltverträglichkeit. Hinsichtlich der Betriebskosten muß die Tragfähigkeit dieser Lösung geprüft und insgesamt die Kosten-Nutzen-Analyse abgeschlossen werden, bevor die endgültige Entscheidung getroffen werden kann.

Vorrangig wäre der Einsatz dieses Systems anstelle der seit langem gewünschten U-Bahnen nach Steilshoop-Bramfeld, Lurup und Jenfeld.

Täglich fahren 250.000 Menschen aus der Region zur Arbeit nach Hamburg. Dieses trägt in erheblichem Maß zu unseren Verkehrsproblemen bei. Wir wollen deshalb mit City-Bahnen die Verbindung mit dem Hamburger Umland verbessern und den Straßenverkehr entlasten. Die City-Bahn hält an allen Haltestellen in der Region und fährt dann ohne Halt bis ins Centrum. Dies führt zu kürzeren Fahrzeiten, so daß die Pendler

mit der Bahn schneller und bequemer als mit dem Pkw die City erreichen.

Durch die Ausweitung und Neuschaffung von Fußgängerzonen in der City soll die Attraktivität der Innenstadt gestärkt werden. Dadurch und durch die Begrenzung von Stellplätzen soll zugleich der motorisierte Individualverkehr, vor allem der Berufsverkehr und die Einpendlerströme, dort eingeschränkt werden, wo dies vernünftig erscheint. Als weitere Maßnahme hat Hamburg die Gebühren für das Parken an Parkuhren und Parkscheinautomatenplätzen im Juni 1990 angehoben. Damit wollen wir erreichen, daß der Berufsverkehr aus den Brennpunkten des Kurzzeitparkens möglichst herausgehalten wird.

Eine ökologisch immer wichtigere Rolle spielt das Verkehrsmittel Fahrrad. Durch den konsequenten Ausbau der Fahrradwege in Hamburg werden wir die Nutzung des Fahrrads weiter fördern. Um die angestrebten Umverteilungserfolge zugunsten des Umweltverbundes von ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr zu erzielen, sind weitere Maßnahmen der flächenhaften Verkehrsberuhigung, weitere Parkraumrestriktionen und eine Bevorrechtigung des ÖPNV im Straßenraum erforderlich.

Das bundesweit vorbildliche Hamburger Konzept „Tempo 30 in Wohngebieten“ werden wir im Interesse der Sicherheit der Menschen, zumal der Kinder, und zum Schutz der Umwelt weiter ausbauen. Das schließt auch bauliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung ein.

Durch die Ausweitung von Anwohnerparkplätzen und eine effiziente Verkehrslenkung müssen die City-nahen Stadtteile vor einer Verlagerung der Verkehrsprobleme in diese Quartiere geschützt werden.

Im Bundesrat wird Hamburg seine Bemühungen um eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Bundesautobahnen fortsetzen.

Im übrigen wird sich der Senat auf Bundesebene dafür einsetzen, die Kosten der Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Verhältnis zu den Kosten der Pkw-Nutzung günstiger zu gestalten.

5

BÜRGERFREUNDLICHE UND LEISTUNGSFÄHIGE VERWALTUNG

Hamburgs Verfassungs- und Verwaltungsstrukturen entsprechen nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Untersuchungsausschüsse und Kommissionen haben dies vielfach festgestellt. Deshalb muß jetzt endlich ernst gemacht werden mit den weitreichenden Beschlüssen der Hamburger SPD für eine Verfassungs- und Verwaltungsreform. Diese Reform muß und wird in der kommenden Wahlperiode verwirklicht werden. Auch in einer Koalition werden wir sie durchsetzen. Unsere Ziele lauten insbesondere:

- ▶ eine effizientere Regierungsarbeit mit Hilfe einer Verfassungsreform, die auch die Instrumente des Bürgermeisters und des Parlaments stärkt;
- ▶ Fortentwicklung der Hamburger Verwaltung zu mehr Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit, u. a. durch eine Verwaltungsreform, die Weiterqualifizierung der Bediensteten und den verstärkten Einsatz moderner Kommunikationstechnik;

- ▶ Entflechtung von Aufgaben zwischen zentralen Behörden und Bürgerämtern und damit mehr Transparenz und Überschaubarkeit der dann auch kürzeren Entscheidungsabläufe sowie größere Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit durch klare Verantwortlichkeiten im Interesse der Bürger;
- ▶ Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst durch Verankerung der Frauenbeauftragten im Personalvertretungsgesetz;
- ▶ Verbesserung des Service für die Bürger und ihrer politischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Dazu gehört, daß im Verhältnis zu den bisherigen Rechten der Bezirksversammlungen die Entscheidungsmöglichkeiten der künftigen Bürgerversammlungen bei der Aufstellung und Umsetzung der bezirklichen Haushaltspläne verstärkt werden, ohne damit das Haushaltsrecht der Bürgerschaft einzuschränken;
- ▶ eine dezentrale Verantwortlichkeit für die Aufstellung und Beschlußfassung von Bebauungs- und Landschaftsplänen im Rahmen globaler Vorgaben.



NORDDEUTSCHE GEMEINSCHAFT

Im künftigen Europa wird es selbst für sehr große Städte immer schwieriger werden, sich wirtschaftlich allein zu behaupten. Die Zukunft gehört wirtschaftsstarke Regionen. So wird sich auch Norddeutschland künftig nur als einheitliche, großräumige, handlungsfähige Wirtschaftsregion, die ihre Ressourcen weder verzettelt, noch gegeneinander ausspielt, voll entfalten können.

Die bisherige Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern reicht dazu nicht aus. Zur Bündelung der gemeinsamen Interessen der norddeutschen Länder streben wir eine „Norddeutsche Gemeinschaft“ an.

Dabei geht es zunächst um die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Darüber hinaus steht aber auch eine Neugestaltung der Beziehungen zu Niedersachsen und jetzt auch zu Mecklenburg-Vorpommern an.

Um hier in den nächsten Jahren Nägel mit Köpfen zu machen, haben Bürgermeister Voscherau und Ministerpräsident Björn Engholm gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben, das entsprechende Wege zu dieser „Norddeutschen Gemeinschaft“, bis hin zu einer Neustrukturierung der Länder, aufzeigt.

Das Gutachten empfiehlt den norddeutschen Ländern eine bessere Zusammenarbeit in der

- ▶ regionalen Wirtschaftspolitik, vor allem einer abgestimmten Wirtschaftsförderung,
- ▶ Verkehrspolitik, insbesondere im Nahverkehr in der Region Hamburg,

- ▶ Bildungs- und Wissenschaftspolitik, insbesondere beim Hochschul- und Weiterbildungsangebot,
- ▶ Entwicklung gemeinsamer Institutionen, die die Vertretung der Länder im überregionalen oder europäischen Rahmen stärken (z.B. Landesbanken, Hanse Office in Brüssel).

Die inhaltlichen Vorschläge der Gutachter und ihre weiterführenden Ideen einer institutionellen Verflechtung in einem Regionalverband oder mehreren Zweckverbänden müssen zwischen den Landesparlamenten, den Regierungen und den Gemeinden im Umland intensiv diskutiert und die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Die Nachbargemeinden dafür zu gewinnen ist schwer, aber überfällig. Wir setzen dabei auf die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung durch die Landesregierungen in Kiel, Hannover und Schwerin.

HAMBURGS FINANZKRAFT WAHREN

Die 90er Jahre stellen Hamburgs finanzielle Leistungsfähigkeit in besonderem Maße auf die Probe: die deutsche Einheit, der Umbruch im Osten und der kommende EG-Binnenmarkt bringen große Chancen und Risiken für unsere norddeutsche Metropole mit sich. Auch die Finanzpolitik muß jetzt die Weichen so stellen, daß sich die glo-

balen und europäischen Einflüsse positiv für Hamburg auswirken werden. Allein die wiedergewonnene Funktion als Tor zu Osteuropa wird massive Investitionen für Wasser-, Land- und Luftverkehr nach sich ziehen.

Die deutsche Einigung, die wirtschaftliche und ökologische Sanierung der früheren DDR werden die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden noch auf viele Jahre hin erheblich belasten. Seit langem haben wir Sozialdemokraten - und zumal Bürgermeister Voscherau - festgestellt: Die deutsche Einheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Der Kuchen muß größer werden. Viel zu spät, drei Monate nach den Bundestagswahlen, haben Wahrheit und Wirklichkeit auch die Bonner Koalition eingeholt. Deshalb haben CDU, CSU und FDP das massivste Steuererhöhungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Dabei wurde das Gebot der sozialen Gerechtigkeit leider sträflich vernachlässigt. Wieder einmal werden die Reichen bevorzugt.

Unsere Alternative lautet: sozial gerecht verteilte, maßvolle Steuererhöhungen verhindern die Überlastung der Haushalte und die Benachteiligung der Bewohner unserer Städte und Gemeinden. Deshalb: für 5 Jahre keine Unternehmenssteuerreform. Statt dessen Einkommenssteuerzuschläge für Besserverdienende, Abschaffung der Zonenrandförderung und der Berlin-Präferenz.

Hamburg hat unabhängig von dieser aktuellen Entwicklung mit bitteren Benachteiligungen aus der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern zu kämpfen. Wir behalten nur 33 % der Gemeinschaftssteuern, die in Hamburg erhoben werden, viel weniger als jedes andere Land. Dabei ist Hamburg erfolgreich und leistungsstark. Die Hamburger Gemeinschaftssteuern sind höher als in Bremen, Schleswig-Holstein und im Saarland zusammen.

Aber selbst Hessen behält 45 %, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen knapp 50 %, Bayern und Bremen je 57 %. Und Berlin erhält 278 % seines eigenen Gemeinschaftssteuer-Aufkommens. Hamburg wird ausgenommen. So geht es nicht weiter.

Unsere massiven juristischen und politischen Bemühungen, zu mehr Gerechtigkeit zu kommen und beim Länderfinanzausgleich und in der Gestaltung der Strukturhilfen entscheidende Korrekturen zu verwirklichen, gehen weiter – auch in Karlsruhe. Neue Regelungen müssen für die Verteilung der Lasten aus der Sozialhilfe getroffen werden. Es geht nicht an, daß der Bund uns die Lasten der Fehler seiner Politik aufbürdet. Ungenügende Sicherung gegen Arbeitslosigkeit, insbesondere gegen Langzeitarbeitslosigkeit, ungenügende Renten und die daraus folgende Altersarmut sowie die fehlende Sicherung für den Pflegefall führen zu Sozialhilfezahlungen Hamburgs, obwohl die Verantwortung für diese Aufgaben beim Bund liegt. Hier muß eine Änderung erreicht werden.

Unsere Stadt muß in der Lage bleiben, durch vernünftige Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Wirtschaft und Verkehr, in Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt ihre Lebensqualität zu wahren.

Wir werden deshalb mit großem Nachdruck dafür eintreten, daß Hamburgs finanzielle Handlungsmöglichkeiten nicht von außen weiter eingeengt, sondern – im Gegenteil – wieder ausgeweitet werden.

Diese Bemühungen müssen natürlich durch Anstrengungen vor der eigenen Tür ergänzt werden. Es geht uns dabei insbesondere um

- ▶ die Sicherung des gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleichs für die kommende Wahlperiode;
- ▶ die Schaffung der Finanzierungsmöglichkeiten für die

Wahrnehmung dringlicher Aufgaben und Investitionen durch Umschichtung im Hamburger Haushalt;

- ▶ die Verbesserung unserer Planungsmöglichkeiten durch Einführung einer mittelfristigen Aufgabenplanung für die Betriebsausgaben;
- ▶ die Erschließung neuer Finanzquellen, um damit einen Investitionsfonds für die Strukturbesonderheiten Hamburgs aufzubauen.

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung noch immer verfolgten Steuerreformpläne, insbesondere für die Unternehmensbesteuerung, lautet unsere Position:

- ▶ Unternehmenssteuerreform mit den Inhalten Vereinfachung, Modernisierung, Rechtsformneutralität, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – ja. Voraussetzung für eine Reform: keine Steuersenkung, solange die Finanzierung der Einheit dies gebietet;
- ▶ befristete Erhöhung des Aufkommens, so daß Bund, Länder und Gemeinden einen angemessenen Einnahmewachstum zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen erhalten.

Im übrigen:

- ▶ regionale Ausgewogenheit des Steueraufkommens;
- ▶ keine ersatzlose Abschaffung der Gewerbesteuer;
- ▶ Schaffung eines kommunalen Steuersystems, das den Leistungsanforderungen an die Gemeinden entspricht;
- ▶ Vereinfachung der Steuergesetze für Bürger und Verwaltungen.

Um die Anhebung städtischer Gebühren soweit wie möglich zu begrenzen und zugleich den Kostendeckungsgrad zu erhöhen, werden wir uns um weitere Kostenbegrenzungen der öffentlichen Leistungen bemühen müssen, auch durch vernünftige Rationalisierungsmaßnahmen.

Der Schutz von Boden, Luft und Wasser wird aber auch immer höhere Kosten bei der Ver- und Entsorgung verursachen, die sich in höheren Gebühren für die Müll- und Abwasserbeseitigung widerspiegeln. Diesen „Preis“ müssen wir zahlen, wenn wir nicht zu Lasten der nächsten Generation leben wollen.

IV.

Soziale Gerechtigkeit statt Ellenbogengesellschaft

UNSERE KINDER - UNSERE ZUKUNFT

Seit fünf Jahren verzeichnet Hamburg wieder ansteigende Geburtenraten. Und viele Familien mit Kindern sind neu zu uns gekommen. Das ist Grund zur Freude und für uns alle eine große Chance.

Kinder und ihre Eltern haben aber auch einen Anspruch auf Hilfe und bestmögliche Förderung. Wir haben deshalb ein Sofortprogramm für die Kindertagesbetreuung beschlossen.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir, daß mehr als 10.000 Kinderbetreuungsplätze zusätzlich geschaffen werden. Dann wird es in Hamburg rund 60.000 Plätze für Kinderbetreuung geben. Anschließend soll ein weiteres jährliches Stufenprogramm beginnen, dessen Ziel die Gewährleistung eines Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz ist. Mit der Umsetzung dieser Planung werden wir Schritt für Schritt eine bedarfsgerechte Versorgung für alle Kinder gewährleisten. Die Erreichung dieses Ziels soll in der nächsten Legislaturperiode durch ein Landesgesetz eingeleitet werden.

Die gleichberechtigte Teilhabemöglichkeit aller an dem Wissen und an den Kenntnissen der Gesellschaft gehört zu den ältesten und wichtigsten Forderungen der Arbeiterbewegung. Dieser Tradition fühlen wir uns auch in Hamburg verpflichtet und deshalb ist uns ein leistungsfähiges und demokratisches Bildungssystem besonders wichtig.

Die Grundschule soll ein Lebens- und Lernraum sein, in dem sich alle Kinder wohl fühlen können. Auf die Grundschule baut die allgemeinbildende Schule ihr weiteres Bildungs-

programm auf. Daher wird der Qualität der Grundschulbildung besonders Gewicht beigemessen.

Grundschulen werden wohnortnah, kindgerecht und offen für Eltern bleiben. Pädagogische Verbesserungen und Reformen werden die Unterstützung von Sozialdemokraten finden.

Die Zeit sinkender Schülerzahlen ist vorbei. Dem tragen wir Rechnung, indem wir jährlich 70 Millionen DM in die Grunderneuerung und Instandsetzung von Schulgebäuden investieren werden.

Durch eine Ausweitung des Stundenkontingents soll Unterrichtsausfall vermieden werden.

Die Zahl der Lehrereinstellungen in Hamburg wird 1991 mit 500 den mit Abstand höchsten Stand seit 8 Jahren erreichen. Wir werden jährlich auch weiterhin Lehrer einstellen, um die quantitativen und qualitativen Bedarfe zu decken.

Zur Vermeidung von Lehrermangel wird es darauf ankommen, die erheblich gesunkene Zahl von Studienanfängern im Fachbereich Erziehungswissenschaften wieder zu erhöhen und die Ausbildung mit stärkerem Praxisbezug auf die veränderte Rolle von Schule und Erziehung sowie die veränderten Lebenserfahrungen der Kinder auszurichten.

Die Schulausstattung mit Lehr- und Lernmitteln wird schrittweise wieder verbessert, wobei vorrangig Schulen in sozial schwächeren Gebieten berücksichtigt werden sollen.

Angesichts der wichtigen Funktion von ganztägigen Betreuungsangeboten in allen Schulformen, insbesondere für Kinder alleinerziehender Eltern oder von Eltern, die beide berufstätig sind, werden wir in Hamburg künftig nicht mehr nur eine, sondern zwei solcher Schulen im Jahr neu einrichten. Darüber hinaus ist die Halbtagsgrundschule mit Betreuung innerhalb fester Zeiten ein Ziel, das wir schrittweise verwirklichen

werden. Hierbei wollen wir über die bisherigen Ansätze hinaus die Zusammenarbeit mit den Trägern sozialer Kinder- und Jugendarbeit fördern.

Unsere behutsame und liberale Politik, die den Eltern das Wahlrecht der Schulform einräumt, hat durch Entscheidungen der Bürger zu nunmehr 28 Gesamtschulen in Hamburg geführt.

Bis 1995 werden weitere hinzutreten. 69 Gymnasien bestehen und arbeiten ihrerseits erfolgreich. Zusammen mit 96 Haupt- und Realschulen verfügen wir damit über ein so reiches Bildungsangebot wie keine andere Großstadt.

Wo Eltern ihre Kinder zur 5. Klasse der Gesamtschule melden möchten, werden wir die Gesamtschulen in Hamburg weiter ausbauen. Es bleibt bei der Verbindlichkeit des Elternwillens.

Der hohe Standard des Berufsschulwesens im Rahmen des erfolgreichen praxisnahen dualen Systems muß erhalten bleiben und bei der Ausstattung sowie den Bildungsgängen laufend modernen Erfordernissen angepaßt werden.

Aufgabe der Hamburger Bildungspolitik wird es weiterhin sein, die individuellen Bildungsvoraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang in den Beruf zu sichern. Zugleich werden damit die Beschäftigungschancen verbessert.



CHANCEN FÜR DIE JUGEND

Junge Menschen wollen ihre Zukunft gestalten, suchen ihren Platz in der Gesellschaft. Selbstbewußtsein und mitmenschliche Verantwortungsbereitschaft entstehen, wenn die Jugend an der Entwicklung der Gesellschaft beteiligt wird; die Persönlichkeit kann sich dann entfalten, wenn junge Menschen auch Aufgaben finden.

Zur Sicherung der Zukunftsperspektiven von jungen Menschen gehört ein ausreichendes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie ausreichender und bezahlbarer Wohnraum. Dem Bereich der Jugendarbeit kommt ein großer Stellenwert zu. Wir wollen daher diesen Bereich in den nächsten Jahren weiter ausbauen.

Existenzielle Sicherheit und Selbständigkeit werden gefördert, wenn junge Menschen einen Platz im Berufs- und Arbeitsleben finden, der ihren Fähigkeiten entspricht. Mit der Berufsausbildung wird dazu die Grundlage gelegt. Wer bei der Suche nach einem guten und geeigneten Ausbildungsplatz die Hilfe des Staates braucht, soll sie ebenso bekommen wie andere, die sich für neue Arbeitsplätze weiterbilden wollen. Im Bereich der Jugend- und Elternarbeit werden wir stadtteilorientierte Angebote sichern und ausbauen sowie neue Konzepte erproben. Sowohl bewährte Einrichtungen wie Häuser der Jugend, Abenteuerspielplätze, Jugendclubs, Elternschulen, Kinder- und Jugendnotdienste als auch neue Ansätze wie Jugendwohnungen, Projekte zur Drogenprävention und der Schwerpunkt Mädchenarbeit gehören zu dem breiten Spektrum des von Hamburg geförderten Angebots.

Wichtig ist uns auch die Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Sie erfordert die Verbindung von Kulturarbeit mit politischer Bildung, von sozialem Lernen und erlebnisorientierten Ansätzen, von sozialpädagogischer Beratung mit Freizeitangeboten. Hierzu kann die Einrichtung einer Jugendbildungs- und -begegnungsstätte als Kristallisationszentrum für die offene und verbandliche Jugendarbeit dienen.

3

VORSORGE UND PFLEGE

Behinderte sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen deshalb die Stadt und ihre Einrichtungen so gestalten, daß auch Behinderte möglichst ohne zusätzliche Hifestellung in ihnen leben können.

Um dieses Ziel schneller zu erreichen, haben wir die Stellung eines Behinderten-Beauftragten des Senats geschaffen. Wir werden verstärkt darauf aufmerksam machen, daß Behinderung jeden treffen kann und daß Behinderte selbstverständliche Partner des privaten wie öffentlichen Lebens sind.

Alle jene, die darauf angewiesen sind, haben Anspruch auf unsere Hilfe.

An Maßnahmen bedeutet dies:

- ▶ Förderung des gleichberechtigten, selbstbestimmten, barrierefreien Wohnens;

- ▶ Ausbau der qualifizierten häuslichen Pflege, der Betreuung und Beratung;
- ▶ verstärkte Förderung der familienentlastenden Dienste;
- ▶ Fortsetzung des Programms zur Reduzierung größerer stationärer Einrichtungen durch stadtteilbezogene Wohngruppen;
- ▶ Schaffung kleinteiliger stationärer Wohnformen für Schwerstpflegebedürftige und Behinderte;
- ▶ Verbesserung des Freizeitangebots der Stadt;
- ▶ Ausbau von Qualifizierungen und Arbeitsprojekten;
- ▶ regionalisiertes Angebot an Werkstätten für Behinderte;
- ▶ Wiedereingliederung psychisch Kranker aus den Großeinrichtungen der klinischen Psychiatrie;
- ▶ weiterer Ausbau gemeindenaher psychiatrischer Versorgungsangebote, z. B. einer weiteren Tagesklinik in Altona und einer psychiatrischen Abteilung am AK Harburg.

Zu den zentralen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts gehört die Integration behinderter Kinder. Sie abzuschieben und zu verstecken, wie dies lange Zeit geschah, ist lieblos und menschenunwürdig. Wir wollen die Integration im Interesse des einzelnen behinderten Kindes, nicht als formales Prinzip, sondern so, wie es ihm am besten hilft. Es geht darum, das Niveau der Förderung, das diese Kinder in den für sie geschaffenen Einrichtungen erfahren haben, zu halten, ihnen zugleich aber Kindertagesheime und Schulen zu öffnen. Hierfür ist schrittweise ein breites Angebot integrativer und kooperativer Betreuungsformen zu entwickeln.

Für behinderte Kinder im Alter von bis zu sechs Jahren sollen wohnortnahe Betreuungsangebote in Form von Gruppen

geschaffen werden, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam gefördert werden. Die bereits laufenden Bemühungen freier Träger um integrative Angebote werden unterstützt. In den städtischen Kindertagesheimen werden im Bereich Bergedorf/Mümmelmannsberg ab 1991 insgesamt 25 Gruppen in Integrationsgruppen umgewandelt.

In den Schulen findet die Integration Behinderter im Rahmen von Integrationsklassen und integrativen Regelklassen statt, die jeweils als Schulversuch geführt werden. In Integrationsklassen sollen durchschnittlich drei Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen und 17 nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Bis 1996 sind integrative Regelklassen an bis zu 50 Grundschulstandorten geplant.

In Weiterführung der bisherigen Ansätze geht es ferner darum, die Möglichkeiten und Bedingungen zu klären, unter denen die Integration in der Sekundarstufe I und der Berufsbildung fortgeführt und so die Kontinuität der Förderung behinderter Kinder gesichert werden kann. Hierzu müssen in allen Schulformen Modelle erprobt werden, die die Formen unterrichtlicher und sozialer Integration weiterentwickeln und Kooperationsmöglichkeiten der Schulformen unterstützen. Dazu müssen auch die Studienpläne für Lehramtsstudenten aller allgemeinbildenden Schulen erweitert werden. Die Integration darf nicht als Absage an alle Sonderschulen mißverstanden werden. Maßgeblich darf allein das Wohl des Kindes sein. Es muß also gerade darum gehen, auch Sonderschulen zu erhalten, da sie in Fällen schwerer Behinderungen oder besonderer Arten von Behinderungen ihre Aufgabe optimal erfüllen. Wir setzen uns für soviel Integration wie möglich, aber auch für soviel auf bestimmte Behinderungen spezialisierte Hilfe wie nötig ein.

Moderne **Gesundheitspolitik** ist weit mehr als medizinische und soziale Versorgung. Für Gesundheit muß auf allen

Ebenen und in allen Bereichen gesorgt werden. Politisches Handeln ist gefragt, das zu sauberer, erholsamer Umgebung führt, zu vorbeugendem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, zu gesunder Ernährung und ungefährlichen Produkten, zu gesundheitsfördernden sozialen Diensten. Erhaltung und Förderung der Gesundheit, auch und gerade in einem Ballungsgebiet wie Hamburg, müssen so hohe Priorität erhalten, daß viele Erkrankungen von vornherein vermieden werden können. Das erspart viel menschliches Leid und begrenzt darüber hinaus den Anstieg der Kosten für unser Gesundheitssystem.

Wichtiges Ziel ist die frühzeitige Erkennung von Zusammenhängen zwischen Gesundheit und Umwelt. Die Zahl der Erkrankungen aufgrund von Umweltbelastungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Wir wollen daher in den bezirklichen Ämtern für Gesundheit und Umwelt umweltmedizinische Beratungseinrichtungen aufbauen, um regionale Belastungen zu erkennen und für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger entsprechende Hilfen zu entwickeln. Gleichzeitig müssen wir der Humanisierung der Arbeitswelt eine größere Beachtung schenken. Sie ist nicht nur Voraussetzung für die Menschenwürde am Arbeitsplatz. Vielmehr bestehen in der Arbeitswelt große Gefahren für die Gesundheit der Beschäftigten und für die Umwelt. Hamburg wird daher die bestehenden Einrichtungen integrieren und zu einem Zentrum für die Humanisierung des Arbeitslebens ausbauen.

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen um Verbesserungen stehen die **Hamburger Krankenhäuser**. Die meisten von ihnen sind älter als 70 Jahre.

Die Modernisierung der Krankenhäuser wird bei uns in den nächsten Jahren zu einem Investitionsschwerpunkt. Bis 1995 sollen hierfür rund 670 Millionen DM aufgewendet werden. Dadurch soll

- ▶ der Standard gesundheitlicher Versorgung in Hamburg weiter erhöht,
- ▶ die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Betriebsführung der Krankenhäuser gesteigert,
- ▶ die bauliche und hygienische Situation im Operations- und Patientenbereich verbessert,
- ▶ die Einrichtung zusätzlicher, altersmedizinischer Abteilungen ermöglicht und
- ▶ durch eine Dezentralisierung der stationären Versorgung psychisch Kranker eine strukturelle Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten erreicht werden.

Wir denken darüber hinaus auch an die **Pflegekräfte**. Der Pflegeberuf erfordert viel Einsatz und große Leistung. Dies findet in der Öffentlichkeit oft nicht ausreichende Anerkennung. Sozialdemokraten setzen sich deshalb für eine Verbesserung der Stellenausstattung ein, die den in den letzten Jahren eingetretenen, zusätzlichen Belastungen Rechnung trägt. Darüber hinaus muß der Pflegeberuf attraktiver gemacht werden durch bessere Vergütung, bessere Arbeitsorganisation, Erleichterung der Arbeitsabläufe und eine moderne Aus- und Weiterbildung.

Bei der weiterhin dringlichen Bekämpfung von AIDS geben wir Aufklärungsmaßnahmen auch in Zukunft den Vorrang vor der Anwendung seuchenrechtlicher Bestimmungen. Wir sind also nach wie vor gegen die Einführung einer Meldepflicht. Statt dessen setzen wir auf das seit 1986 geschaffene Netz von Informations-, Beratungs- und Betreuungsangeboten und den Hamburger Arbeitskreis AIDS.

Aber es täusche sich niemand: das wahre Ausmaß der gesellschaftlichen und politischen Herausforderung durch AIDS ist noch immer kaum absehbar. Und die geringere Medienbeachtung der letzten Zeit bedeutet nicht, daß die Dramatik dieser Krankheit kleiner geworden wäre.

KAMPF DEN DROGEN

Das rasche Anwachsen des Drogenkonsums, die damit verbundenen schrecklichen persönlichen Schicksale und die Konsequenzen im Bereich der Kriminalität lassen dieses Problem zu einer der schwierigsten Herausforderungen einer Großstadt werden.

Deshalb hat der Senat unter Bürgermeister Voscherau ein neues Konzept zur Bekämpfung der Drogensucht erarbeitet. Der Hamburger Vorstoß hat in ganz Europa Aufsehen erregt und eine lebhafte Diskussion ausgelöst.

Eine in erster Linie repressive Drogenpolitik ist als Gegenstrategie bisher überall gescheitert. Wir wollen Drogenkonsum durch verstärkte präventive Maßnahmen einschränken und Drogenabhängigen durch „Therapie statt Strafe“ die Abkehr von ihrer Sucht erleichtern. Drogensucht ist Krankheit und bedarf entsprechender Behandlung. Dazu gehört auch der Einsatz von Ersatzdrogen wie beispielsweise Methadon.

Für die kommenden drei Jahre werden wir u.a.

- ▶ die Prävention in der Schule und in der Jugendarbeit verstärken;
- ▶ spezielle Einrichtungen für bessere Betreuung drogenabhängiger Kinder schaffen;
- ▶ in Bergedorf und Wandsbek zwei neue Drogenberatungsstellen errichten, bestehende Initiativen auf dem Drogenhilfesektor unterstützen und bei Bedarf weitere regionale Drogenberatungsstellen schaffen;
- ▶ bestehende Beratungs- und Übernachtungsstätten ausbauen;

- ▶ zusätzliche Straßensozialarbeiter einstellen;
- ▶ die Betreuung drogenabhängiger Strafgefangener verbessern;
- ▶ das Bettenangebot für den niedrighschwelligen Entzug von Drogenabhängigen erheblich ausweiten;
- ▶ Krankenzimmer für Abhängige einrichten;
- ▶ im Rahmen eines bundesweiten Modellprogramms bei der Behandlung eine stationäre Kompakt- bzw. Kurztherapie schaffen.

Der kommerzielle, organisierte Drogenhandel hingegen muß konsequent verfolgt werden. Die kriminellen Marktmechanismen und außerordentlichen Gewinnspannen der Drogenkartelle müssen gebrochen werden – auch mit unkonventionellen Mitteln und im internationalen Verbund.

Es muß eine ärztlich kontrollierte Abgabe von Drogen – auch von Heroin – für diejenigen ermöglicht werden, die mit anderen Angeboten nicht zu erreichen sind. Dafür sind die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Substitutionsbehandlung mit Ersatzdrögen (Methadon, Remedacen usw.) muß erleichtert und ausgebaut werden. Diese Hilfen sind auf niedrighschwelliger Basis in niedergelassenen Arztpraxen und ergänzend in Drogenambulanzen vorzuhalten. Sie bedürfen der Verbindung mit anderen Angeboten.

Allerdings reichen die Möglichkeiten der Länder und Gemeinden nicht aus, um das tödliche Drogenproblem zu besiegen. Deshalb treten wir gegenüber dem Bund für eine drastische Änderung des Betäubungsmittelgesetzes ein. Der jetzige menschenverachtende Zustand des praktisch freien Drogenhandels auf dem Schwarzmarkt muß beendet werden. Statt dessen muß die unentgeltliche medizinische Verschreibung und Abgabe der im Einzelfall gebotenen Ersatzdrogen (Methadon, Remedacen usw.) und auch medizinisch angezeigter Drogen in staatlichen

Therapiezentren, die auch alle anderen Angebote für Suchtkranke haben, endlich gesetzlich erlaubt werden. Nur so kann die Abhängigkeit vom Schwarzmarkt gebrochen werden. Nur dann können der Kampf gegen die Drogen und das Prinzip „Hilfe statt Strafe“ Erfolg haben.

5

OBDACHLOSIGKEIT VERHINDERN

Infolge hoher Zuwanderung herrscht in Hamburg eine zunehmend angespannte Wohnungssituation, und staatlich veranlaßte Unterbringung nimmt einen immer größeren Raum ein. Konnten bisher ca. 15.000 Aus- und Übersiedler sowie Asylbewerber in Wohnungen und Wohnunterkünften vorübergehend untergebracht werden, erscheint dies in Zukunft kaum noch möglich. Obdachlosigkeit auch unter Hamburgerinnen und Hamburgern hat zugenommen und steigt weiter an. Die Folgen für die Betroffenen sind verheerend, denn allzuleicht führt der Verlust der Wohnung ganze Familien dauerhaft in das soziale Abseits. Deshalb muß in jedem Einzelfall alles getan werden, damit von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen ihre Wohnung behalten können. Hierfür sollen die vielfältigen Aktivitäten in den Bezirken noch stärker aufeinander abgestimmt werden.

Dabei wird Hamburg auf spezielle Unterkünfte für Obdachlose zunächst nicht verzichten können. Vor diesem Hin-

tergrund ist u.a. vorgesehen, die Wohnsiedlung Wegenkamp zu sanieren. Damit wird die Unterbringung von obdachlosen Familien mit Kindern grundlegend verbessert.

Um Bürgerinnen und Bürgern, deren ganze Existenz durch die Anhäufung von Schulden bedroht ist, wirksamer zu helfen, sollen ab 1991 die bisher über ABM finanzierten Schuldnerberatungsstellen in den Bezirken über den Haushalt abgesichert werden. Für 1991 werden zunächst 14 Stellen bereitgestellt, für die Folgejahre ist ein weiterer Ausbau vorgesehen. Mit diesem Hilfsangebot tragen wir dem Umstand Rechnung, daß für den einzelnen nicht mehr zu bewältigende Schulden in vielen Fällen soziale Ausgrenzung wie Arbeits- und Obdachlosigkeit mit allen ihren negativen Folgen verursachen und verfestigen.



V.

Schutz der Umwelt – Schutz des Lebens

Die Sorge um die Erhaltung unserer natürlichen Umwelt, die Angst vor zunehmenden Umweltgefahren, treibt immer mehr Menschen um. Die Lösung der gewaltigen Probleme auf diesem Feld erscheint heute als die Zukunftsaufgabe schlechthin. Ohne den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft ist eine Überlebensstrategie nicht denkbar.

Hamburg hat in den vergangenen Jahren eine Menge geleistet, um allen Bürgerinnen und Bürgern eine möglichst gesunde Umwelt zu bieten. Die Fortschritte, etwa in der Reinhaltung der Luft, sind buchstäblich spürbar und sie sind meßbar.

Und da, wo es trotz der bisherigen Sanierungsprogramme noch immer eine überdurchschnittliche Luftbelastung gibt, wie z.B. im Raum Veddel/Rothenburgsort/Billbrook, werden wir in der kommenden Legislaturperiode dafür sorgen, daß diese deutlich reduziert wird, z.B. durch weitere Auflagen an die Verursacher.

1

UNSER BEITRAG GEGEN DIE
KLIMAKATASTROPHE

Hamburgs Beitrag zur Lösung der Klimaproblematik kann natürlich global nur gering sein. Gleichwohl ist er notwendig. Denn globales Denken und lokales Handeln ist kein Widerspruch, sondern Voraussetzung für die Lösung vieler Umweltprobleme.

Maßnahmen gegen den weiteren Temperaturanstieg müssen vor allem durch drastische Reduzierungen des CO₂-Ausstoßes und der FCKW-Emissionen erfolgen. Hamburg wird sich dafür einsetzen, daß der Bundesratsbeschluß, spätestens bis zum Jahr 2005 eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um mindestens 25% herbeizuführen, umgesetzt und, wenn irgend möglich, übertroffen wird.

Voraussetzungen sind:

- ▶ Verbot der Herstellung und Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) und Halonen sowie ihr Ersatz durch alternative Stoffe und Technik;
- ▶ Forcierung einer ökologischen Verkehrspolitik, die sich auf drei Hauptstrategien stützt: Vermeidung (Stadt der kurzen Wege, Funktionsmischung), Umverteilung von Anteilen des PKW-Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr und den nicht-motorisierten Verkehr, Beruhigung des verbleibenden Verkehrs. Wir streben einen jährlichen Zuwachs an Fahrgästen im öffentlichen Nahverkehr von mindestens 2% an, um seinen Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen kontinuierlich zu erhöhen. Dies erfordert eine konsequente Umsetzung des 25-Punkte-Programms der Bürgerschaftsfraktion für den HVV sowie dessen Erweiterung um Punkt 26: vorbeugende und weiträumige Fahrverbote für Pkw im Falle drohender gefährlich hoher Ozon-Konzentration;
- ▶ Ausweitung einer ökologisch orientierten Energiepolitik durch konsequente Forcierung der Energieeinsparung und Nutzung aller Möglichkeiten rationeller Energieverwendung.

Die drohende Klimakatastrophe, das Ozonloch und andere globale Gefahren sowie die Möglichkeit einer neuen Ölkrise dürfen nicht zur Kernenergie zurückführen. Tschernobyl

und Harrisburg sind unvergessen. Sozialdemokraten in Hamburg halten daher am Ausstieg aus der Kernenergie fest und werden ihn konsequent einfordern sowie – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – zügig verwirklichen.

Auf Bundesebene müssen die Rahmenbedingungen für eine ökologisch orientierte Energiepolitik geschaffen werden:

- ▶ ein Energiewirtschaftsgesetz, das Energieeinsparung, rationelle Energienutzung, Kraft-Wärme-Kopplung (z. B. Blockheizkraftwerke) und regenerative Energien fördert und diesen Maßnahmen Vorrang vor dem Neubau von Großanlagen gibt;
- ▶ ein Kernenergieabwicklungsgesetz, das einen rechtlichen und zeitlichen Rahmen für den Verzicht auf die Kernenergie setzt;
- ▶ bundesweite Förderprogramme für Energieeinsparungen, rationelle Energienutzung, regenerative Energien und
- ▶ eine höhere Besteuerung aller Primärenergieträger.

In Hamburg sind in den vor uns liegenden Jahren u. a. folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- ▶ weiterer Ausbau der Fernwärmeversorgung von 280.000 auf 450.000 Wohneinheiten;
- ▶ Verbot der Neuinstallation von elektrischer Raumheizung und Ersatz für die Nutzung elektrischer Heizenergie in öffentlichen Gebäuden;
- ▶ Veränderung der Tarifstrukturen mit dem Ziel der Förderung von Energieeinsparungen, der rationellen Energieverwendung und des Einsatzes regenerativer Energien;
- ▶ Aufbau einer von den Versorgungsunternehmen unabhängigen, leistungsstarken Verbraucherberatung;

- ▶ breitere Anwendung solarer Energiesysteme bei Neubauten und öffentlichen Bauvorhaben.

Darüber hinaus sind folgende Förderprogramme auszubauen und zu intensivieren:

- ▶ Förderprogramm „Fernwärme-Anschlüsse“;
- ▶ Förderprogramm „Energiesparende und umweltentlastende Maßnahmen bei Gebäuden“;
- ▶ Förderprogramm „Solargeneratoren und Solarkollektoren“;
- ▶ Investitionsprogramm für energie- und wassersparende Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden.

2

DER MÜLL-NOTSTAND DROHT: ABFÄLLE VERMEIDEN, VERWERTEN, ENTSORGEN

In allen Industriestaaten wird es immer schwieriger, die riesigen Müllmengen angemessen zu beseitigen, die täglich neu entstehen.

Auch wir in Hamburg haben mit diesem Problem zu kämpfen. Von wirklich befriedigenden, dauerhaften Lösungen sind auch wir noch ein großes Stück entfernt. Aber wichtige Schritte haben wir schon vollzogen. Und in den neunziger Jahren muß und wird noch mehr geschehen. Die obersten Ziele unserer Entsorgungspolitik lauten:

- ▶ Vermeidung von Abfällen;
- ▶ Verwertung der unvermeidbaren Abfälle;
- ▶ schadlose Beseitigung der unverwertbaren Abfälle.

Mit der Vorlage des Abfallwirtschaftsplanes und des Sonderabfallwirtschaftsplanes wurden die Rahmenbedingungen für eine umfassende Vermeidung und Verwertung von Abfällen geschaffen mit dem Ziel,

- ▶ eine Wertstoffausbeute von 30% bei Hausmüll und hausmüllähnlichen Abfällen bis 1995 zu erreichen,
- ▶ die heute erreichte Reduktionsrate bei Sonderabfällen bis 1995 von 60 % auf 70 % zu steigern,*,
- ▶ die Abfallwirtschaftsplanung in ein übergeordnetes norddeutsches Entsorgungskonzept einzufügen. Hier muß künftig Mecklenburg-Vorpommern einbezogen werden.

In Hamburg werden wir in den Außenbezirken flächendeckend die zweite Komposttonne einführen, soweit der Grünabfall nicht auf dem jeweiligen Grundstück verwertet wird. Als Anreiz zur Müllvermeidung und -verwertung wird eine kostengünstigere 80-Liter-Tonne angeboten.

Recyclinghöfe nehmen Wertstoffe und Sperrmüll an. Das Bringesystem wird verdichtet.

Die Verwertung des Abfalls findet noch ihre ökologischen Schranken im Schadstoffgehalt des Hausmülls. Besonderes Augenmerk gilt daher der Entgiftung der Produkte und damit auch der Abfälle.

Dazu müssen bestimmte besonders gefährliche Stoffe verboten werden. Hierzu wird Hamburg entsprechende Initiativen auf Bundesebene ergreifen und folgende Rechtsverordnungen einfordern:

- ▶ Umweltverträglichkeitsprüfung für neue Produkte;
- ▶ Kennzeichnungspflicht (z. B. für Kunststoffe);

- ▶ Pflicht zur getrennten Entsorgung (z.B. Altglas);
- ▶ Rücknahme- und Pfandpflicht (z.B. für Batterien und Getränkeverpackungen);
- ▶ Verbot des Verkaufs von umweltschädlichen Produkten (z.B. mit FCKW).

Die Verwertung von Reststoffen setzt in vielen Fällen voraus, daß für gewonnene Stoffe oder Energie ein Markt vorhanden ist oder geschaffen werden kann. Dazu sind erforderlich:

- ▶ die Erarbeitung branchenspezifischer Abfallwirtschaftspläne;
- ▶ die Gründung einer öffentlichen Prüfgesellschaft für wiederverwertbare Reststoffe und Recyclingprodukte;
- ▶ eine Einkaufspolitik der öffentlichen Hand, die bei der Auftragsvergabe weiterverwertbare Produkte bevorzugt.

An eigenen Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 250 Millionen DM ist für die nächsten Jahre vorgesehen:

- ▶ Ersatz der umweltbelastenden Müllverbrennungsanlage Borsigstraße durch eine moderne Anlage mit vierstufiger Abgasreinigung, die zu einer drastischen Luftentlastung führt;
- ▶ deutliche Senkung der Emissionen der Müllverbrennungsanlage Schnackenburgallee, nicht zuletzt bei den Dioxinen;
- ▶ die Einrichtung von drei Kompostwerken zur Kompostierung organischer Abfälle;
- ▶ der Erwerb von Flächen für Betriebseinrichtungen und Recyclinghöfe;
- ▶ die Rekultivierung von Altdeponien.

Eine ökologisch orientierte Politik erfordert es, der Verzahnung von Produktion, Konsum und Beseitigung auch im Verwaltungsvollzug Rechnung zu tragen. Abfallwirtschaft wird Aufgabe der Umweltbehörde.

3

ALTLASTEN ENTSCHLOSSEN BESEITIGEN

Die Sanierung von industriellen Altlasten und verunreinigten Böden wird auch für die nächsten Jahre ein Schwerpunkt Hamburger Umweltinvestitionen sein. Das Aufgabenfeld ist groß und die Kosten hoch. Aber wir müssen und wollen die Gefahren schnell beseitigen, zumal da, wo unmittelbare gesundheitliche Folgen befürchtet werden.

Unsere Stadt hat in den letzten Jahren beispielhaft für die gesamte Bundesrepublik zum Fortschritt im Bereich der Altlastensanierungstechnologien beigetragen. Mit der „Hamburger Prioritätenliste“ hat die Umweltbehörde für die nächsten Jahre eine verbindliche Planungsgrundlage vorgelegt.

Maßnahmenswerpunkte sind für die nächsten Jahre:

- ▶ Sanierung der Deponie Georgswerder – Fertigstellung der unteren Abdeckung bis 1994;
- ▶ Sanierung des Eidelstedter Industriegebietes, der Deponie Müggenburger Straße und der Neuhöfer Straße;

- ▶ Flächenrecycling, vor allem im Hamburger Hafen;
- ▶ Sanierung des Betriebsgrundstückes der Firma Boehrer;
- ▶ Sanierung von Flächen in Gebieten, in denen Wasserwerke fördern;
- ▶ Bau der Versuchsanlage zur Verbrennung von hochchlorierten Kohlenwasserstoffen.

Es muß weiterhin Ziel Hamburger Politik sein, eine bundeseinheitliche Regelung für die Finanzierung der Altlastensanierung zu erreichen. Kern einer solchen Regelung ist eine auf 10 bis 15 Jahre befristete Steuer auf bestimmte chemische Grundstoffe für Zwecke der Altlastensanierung.

4

GRÜNE STADT HAMBURG

Eine der für alle unsere Besucher auffälligen Schönheiten Hamburgs ist das viele Grün – die Parks, die Kleingärten, die Forste, die Grünzüge, die vielen Straßenbäume. Auf unsere grüne Stadt sind wir stolz. Aber wir ruhen uns nicht auf den Lorbeeren aus. Die Hauptaufgaben der Grünplanung in den nächsten Jahren liegen im Abbau der Defizite von Park- und Spielflächen in dicht bebauten innerstädtischen Bereichen und in deren Vernetzung.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden wir eine Reihe von Einzelkonzepten entwickeln, z. B.



- ▶ für die Entwicklung des Kinderspiels in der Stadt (Stadt als Spielraum);
- ▶ für Parks, Freizeitparks, Bürgerparks, Volksparks, Parklandschaften;
- ▶ für die Freizeit und Erholung in der Stadt.

Ziel ist es, Versorgungsmängel abzubauen und die Angebote den Bedürfnissen anzupassen, z.B. durch

- ▶ Sicherung wohnortnaher Kleingärten;
- ▶ Sicherung und Entwicklung historisch und stadtgestalterisch wertvoller Parks, Friedhöfe, Grünflächen und sonstiger Freiflächen.

Folgende Programme zur Stärkung des Grüns in der Stadt müssen geschaffen bzw. intensiviert werden, die auch private Eigentümer ansprechen sollen:

- ▶ Weiterentwicklung und Förderung des Stadtgrüns;
- ▶ Programm zur Fassaden- und Dachbegrünung;
- ▶ Entsiegelungsprogramm;
- ▶ Baumschutzprogramme;
- ▶ Programm zur Sanierung historischen Grüns (Gärten, Parks, Friedhöfe etc.).

Als zentrales Projekt in diesem Rahmen planen wir für 1997/1998 eine internationale Ausstellung „Grüne Stadt“ zur Darstellung richtungweisender Grün- und Erholungsplanung in einer Großstadt. Diese Ausstellung soll über mehrere Jahre unter den Augen der Öffentlichkeit und mit ihrer Beteiligung realisiert werden.

Zu einer grünen Stadt gehören auch die Wälder. Hamburg hat 4.500 ha Waldflächen. Nachdem das Waldsterben in unserer Stadt insbesondere durch Luftreinhaltemaßnahmen gestoppt werden konnte, werden jetzt folgende Maßnahmen schwerpunktmäßig in Angriff genommen:

- ▶ Pflege und Sanierung geschädigter Wälder;

- ▶ naturgemäße Waldpflege;
- ▶ Waldvermehrung;
- ▶ Arten- und Biotopschutzprogramme.

Hamburg hat jetzt schon 23 Naturschutzgebiete mit ca. 2.800 ha Fläche, mehr als jede andere deutsche Großstadt. Weitere sollen in den nächsten Jahren dazukommen: die Teichwiesen, die Boberger Niederung, die Besenhorster Sandberge, die Gebiete Fersenweg und Schweensand.

Die Ziele des Landschaftsprogramms und des Arten- und Biotopschutzprogramms fordern neues Denken in der Stadtentwicklungsplanung. Landschaftsplanung ist von der Stadtentwicklungsplanung nicht zu trennen.

5

LEBENSELIXIER WASSER

Hamburgs Trinkwassergewinnung beruht ausschließlich auf der Förderung von Grundwasser. Hamburgs Wasser hat heute Spitzenqualität. Hamburg ist aber auch Spitzenreiter beim Wassersparen. Die Qualität des Grundwassers zu schützen und dafür zu sorgen, daß uns das Wasser nicht ausgeht, ist deshalb unser vorrangiges Ziel.

Maßnahmen dazu sind in den nächsten Jahren u. a.

- ▶ die Ausweisung von weiteren Wasserschutzgebieten (Süderelbmarsch, Bostelbek, Neugraben, Langenhorn und Curslack);

- ▶ die Senkung des Trinkwasserverbrauchs durch Fortsetzung von Förderprogrammen, z. B. zum Einbau von Wohnungswasserzählern und Regenwasseranlagen;
- ▶ die Sanierung von defekten Sielen.

Von zentraler Bedeutung ist der Schutz der Elbe und der Nordsee.

Die veränderten politischen Rahmenbedingungen eröffnen große Chancen zur Reduzierung der Vorbelastung der Elbe durch das östliche Deutschland und die CSFR.

Die begonnene aktive Unterstützung und finanzielle Förderung der beiden Partnerstädte Dresden und Prag bei ihren Bemühungen zur Elbsanierung muß fortgesetzt werden. Denn es ist ja unsere gemeinsame Elbe, und was dort oben versäumt wird, fließt nicht viel später durch den Hamburger Hafen.

Deshalb muß besonders in Dresden, das sämtliche kommunale und industrielle Abwässer völlig ungeklärt in die Elbe leitet, schnell etwas getan werden. In Hamburgs Umweltinteresse braucht Dresden ein Klärwerk mit Hamburger Standard. Sollte der Bau nicht bald aus den Mitteln „Deutsche Einheit“ möglich sein, werden wir prüfen, ob Hamburg mit einer Vorfinanzierung Zeitverlust vermeiden kann.

Ein bedeutender politischer Punkt ist die entsprechend unseren Forderungen eingerichtete internationale Elbschutz-Kommission (IEK). Wir treten dafür ein, daß der IEK jährlich eine Milliarde DM zur Verfügung gestellt wird, um die großen Aufgaben der Sanierung der Elbe bewältigen zu können.

Über die internationalen Anstrengungen zur Reinhaltung der Elbe hinaus wird auch Hamburg weitere Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffeinträge vorantreiben. Beabsichtigt sind u. a.

- ▶ der Ausbau der Reinigungsmaßnahmen bei den Klärwerken (Schwebstoff-Filtration);

- ▶ der Ausbau der Sielanlagen zur verstärkten Speicherung, Ableitung und Behandlung von Mischwasser;
- ▶ eine Überprüfung von Produktionsprozessen auf abwasserlose oder abwasserarme Verfahren;
- ▶ eine verstärkte Überwachung der Einleitungen;
- ▶ eine Durchsetzung von Maßnahmen zur Sicherung von Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden wassergefährdender Stoffe;
- ▶ die vollständige Entsorgung des Schiffsbetriebes von Chemikalien, Schiffsabwässern und Müll für See-, Binnen-, Hafenschiffe und Sportboote durch schiffs- und landgestützte Entsorgungseinrichtungen.

Das Hauptproblem für die **Wasserqualität der Alster** sind Sielüberläufe bei starken Regenfällen. Zu ihrer Sanierung hat der Senat das Alsterentlastungskonzept vorgelegt. Wichtige Maßnahmen, wie das Transportsiel Winterhude und das Mischwasserrückhaltebecken Schädlerstraße, sind in Bau. Die Umsetzung des Alsterentlastungskonzepts wollen wir durch das Sondervermögen „Stadtentwässerung – Gewässerschutzprogramm“ beschleunigen.

Schon heute ist die Wasserqualität deutlich verbessert. Aber Baden in der Alster für alle muß bis zum Jahr 2000 möglich werden.

Der Schutz der Oberflächengewässer folgt der Zielsetzung, naturnahe Gewässersituationen zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Folgende Maßnahmen sollen dazu in den nächsten Jahren ergriffen werden:

- ▶ Hamburg wird erneut im Bundesrat initiativ werden, um eine Erweiterung des Anwendungsverbots von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln auf Gewässerrandstreifen zu erreichen;

- ▶ Verbot von Pflanzenschutzmitteln, einschließlich der Zurücknahme bestehender Zulassungen, wenn die Umweltschädlichkeit oder die Gefährdung für Mensch und Tier bzw. das Grundwasser zu befürchten sind;
- ▶ Ausbau des Extensivierungsprogramms.

Basis der Ziel- und Maßnahmenplanung eines umweltverträglichen Hochwasserschutzes muß die Minimierung und Vermeidung ökologischer Konflikte sein. Für den Unterelberaum bedeutet dies die Erhaltung und Verbesserung der bedrohten Lebensräume, insbesondere im süßwassertidebeeinflussten Bereich. Um diese Ziele zu erreichen, müssen

- ▶ Vordeichsgelände in nennenswertem Umfang wiederhergestellt werden,
- ▶ von der Stromelbe abgeschnittene Nebenarme und Nebengewässer dem Tideeinfluß wieder zugeführt werden,
- ▶ Biotope und Biotopverbundsysteme in einer Größenordnung gesichert und wiederhergestellt werden, die nachhaltig den Schutz und die Entwicklung von Natur und Landschaft gewährleisten,
- ▶ Baumaßnahmen nach dem Prinzip der Vermeidung, Minimierung und des Ausgleichs von Eingriffen in den Naturhaushalt vorgenommen werden und
- ▶ die Kosten für Baumaßnahmen des Hochwasserschutzes auch unter Berücksichtigung von Planungs- und Durchführungskosten für ökologische Belange kalkuliert werden, denn die Beseitigung späterer Umweltschäden ist oft nicht möglich (Artenverluste) oder ungleich teurer.

Dies bedeutet im einzelnen in Hamburg z. B.

- ▶ die binnenseitige Verbreiterung und Rückverlegung der Deiche, wo immer dies möglich ist;

- ▶ die Wiederherstellung tidebeeinflusster Neben- und Altarme.

Ein Schwerpunkt für die nächsten Jahre wird die Erstellung eines Konzepts für die Wiedereröffnung der Alten Süderelbe sein.

Dieses Projekt muß mit großem Nachdruck verfolgt werden, weil es zu einer wesentlichen Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation führen könnte. Dies gilt insbesondere für 200 bis 400 ha Flächen, die wieder in das Tidegeschehen einbezogen und sich teilweise zu Süßwasserwatten entwickeln würden.

Auf überregionaler Ebene sind vor allem erforderlich:

- ▶ die Erarbeitung eines länderübergreifenden integrierten Gesamtkonzepts für den Hochwasserschutz im Unterelberaum in Abstimmung mit den beiden Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie dem Bund;
- ▶ die Aufarbeitung der Hochwasserschutzproblematik in der gemeinsamen Landesplanung.

Pläne zur Errichtung eines Sperrwerks in der Unterelbe werden von Hamburg nicht weiterverfolgt, weil sie einen zu großen Eingriff in die Landschaft bedeuten und Hamburg ein tideoffener Hafen bleiben soll.

GESUNDES ESSEN

Die Hamburger Gesundheits- und Umweltpolitik hat in den letzten Jahren einen aktiven Verbraucherschutz aufgebaut. Wir werden diese wichtige Arbeit weiter intensivieren, um den gefährlichen Belastungen durch verseuchte Nahrungsmittel zu begegnen. Beratung und Hinweise zu einzelnen Produkten, aber auch Kontrollen und notfalls Vermarktungsverbote sollen helfen, für gesunde, unbelastete Lebensmittel zu sorgen.

Hamburg hat in der Vergangenheit der Umstellung der Landwirtschaft auf umweltschonende Produktion große Bedeutung beigemessen. Dazu gehören die Umstellung der Staatsgüter Wulfsdorf und Wulksfelde auf den ökologischen Landbau sowie das Extensivierungsprogramm.

Als Leitlinie für eine veränderte Landwirtschaftspolitik wird ein Hamburger Modell erarbeitet, das sowohl Betriebsumstellungen auf ökologischen Landbau fördert, wie auch andere Formen einer umweltschonenden Produktionsweise unterstützt. Schwerpunkte dabei sind:

- ▶ Erweiterung des Extensivierungsprogramms bis auf mindestens 25% der landwirtschaftlich genutzten Flächen;
- ▶ Förderprogramme in den Bereichen Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion, Verarbeitung, neue Vermarktungsstrategien und Kooperationsmöglichkeiten;
- ▶ Verpachtung der städtischen Landwirtschaftsflächen nur zum ökologischen Landbau.

Um eine umweltschonende Landwirtschaft auf allen Ebenen durchzusetzen, bedarf es einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit und einer breiten politischen Unterstützung. Mit dem Bewußtseinswandel in der Bevölkerung müssen die Landwirte „ökologische Interessenvertreter“ werden und muß das Qualitäts- und Umweltbewußtsein der Verbraucher für gesunde Nahrung gestärkt werden.

7

ZUM UMGANG MIT TIEREN

Tiere bedürfen unseres Schutzes. Sie sind Lebewesen aus eigenem Recht und zugleich dem Menschen vielfach ein wertvoller Gefährte. Sie dürfen nicht zu Objekten degradiert werden.

Dank der energischen Anstrengungen des Senats ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Zahl der Tierversuche erheblich zu verringern. Künftig soll ein aktiver Tierschutz auch durch die Förderung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen praktiziert werden. Gemeinsam mit der entsprechenden neu eingerichteten Stelle beim Bundesgesundheitsamt wird Hamburg intensiv an alternativen Forschungsansätzen und Umsetzungsstrategien mitwirken.

Tierschutz ist wesentlich auch Artenschutz und die Vermeidung sinnloser, ja gefährlicher Fehlzüchtungen. Hamburg wird sich deshalb für ein Verbot von Kampfhunden einsetzen.

Und zum angemessenen Umgang mit Tieren, zumal in der Stadt, gehört auch die Rücksicht auf andere, zumal auf Kinder. Wir werden deshalb mit größerem Nachdruck als bisher dafür sorgen, daß die Gebote zur Beseitigung von Hundedreck auch beachtet werden.

VI.

Wahlaufruf

Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger,

Wer unvoreingenommen auf unsere Stadt sieht, wird mit uns feststellen: Hamburg ist auf sehr gutem Wege.

Die meisten Stadtteile sind in den letzten Jahren noch schöner und attraktiver geworden. Kaum eine andere Großstadt bietet so viel Lebensqualität.

Der schmerzliche Strukturwandel unserer Wirtschaft ist weitgehend abgeschlossen. Hamburg gehört heute zu den dynamischen Zukunftsregionen Europas.

Der Hafen, das Herz unserer Stadt, erlebt nach der Überwindung der deutschen, der europäischen Teilung einen kraftvollen Aufschwung.

Viele Hamburgerinnen und Hamburger, die lange arbeitslos waren, haben heute wieder einen Arbeitsplatz und eine berufliche Perspektive.

Unsere großen Anstrengungen zur Entgiftung und Reinhaltung von Wasser, Luft und Boden zeigen meßbare, für jeden spürbare Wirkung.

Keine dieser Entwicklungen ist zufällig. Sie alle sind das Ergebnis harter Arbeit. In erster Linie der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs. Aber wir Sozialdemokraten haben einen guten Teil dazu beigetragen.

Unser ganzes Land steht heute vor großen Aufgaben.

Die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse nach der deutschen Vereinigung, der Umbruch in Osteuropa, der bevorstehende Europäische Binnenmarkt, aber auch die Sicherung des Friedens vor allem auch in anderen Teilen der Welt, und der wirksamere Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen werden uns alle in den kommenden Jahren herausfordern.

Dazu muß Hamburg seinen Beitrag leisten, denn wir sind ein Teil des Ganzen und nehmen unsere Verantwortung ernst.

Zugleich gilt es, im Inneren das Mögliche zu tun, um für die Bürgerinnen und Bürger unsere Stadt noch lebenswerter zu machen: mit zusätzlichem, preiswertem Wohnraum. Mit mehr Kindergärten und guten Schulen. Mit neuen Bildungs- und Qualifizierungschancen. Mit weiteren Anstrengungen für die Umwelt und für ein ökologisch sinnvolles, leistungsfähiges Verkehrssystem.

Dabei bleiben wir Sozialdemokraten einer Politik verpflichtet, die sich der gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Schwächeren bewußt ist. Unser Wahlprogramm zeigt Ihnen, wie wir dieser Verantwortung gerecht werden wollen.

Wir wissen aber auch, daß die Politik nicht allmächtig ist. Deshalb wollen wir mit Gewerkschaften und Kirchen, Arbeitgebern und Kammern, Verbänden, Vereinen und Initiativen, Bürgervereinen und dem Hamburger Sport für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung zusammenarbeiten. Vor allem aber: auf die Bürgerinnen und Bürger selbst kommt es an. Ohne ihr Engagement geht es nicht.

Hamburgs SPD hat ein klares Wahlziel: Wir wollen Hamburg politisch in die neunziger Jahre führen. Dafür bitten wir um Ihren eindeutigen Auftrag. Wir wollen die Koalition mit den Freien Demokraten fortsetzen, wenn die Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft dafür die Grundlage bieten und wenn das soziale Herz Hamburgs darunter nicht leidet.

Die Wahlen am 2. Juni werden die Zukunft aller Hamburgerinnen und Hamburger mitbestimmen.

Stehen Sie deshalb nicht abseits. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Unterstützen Sie unseren erfolgreichen Bürgermeister Henning Voscherau und die Hamburger SPD!

VII.

Kandidaten-Liste zur Bürgerschaftswahl 1991



1. Dr. Henning Voscherau
Erster Bürgermeister



2. Günter Elste
Dipl.-Kaufmann



5. Elisabeth Kiausch
Senatorin



4. Erhard Pumm
Vorsitzender des DGB
Hamburg



5. Rielke Weber
Dipl.-Soziologin,
Musikerin



6. Petra Brinkmann
Medizinisch-technische
Assistentin, Hausfrau



7. Ortwin Runde
Senator



8. Dorothee Stapelfeldt
Kunsthistorikerin



9. Horst Göbrecht
Senator



10. Eugen Wagner
Senator



11. Alfons Pawelczyk
Bürgermeister a.D.,
Unternehmensberater



12. Rosemarie Raab
Senatorin



13. Ursula Preuß
Krankenschwester, Personalratsvorsitzende



14. Dr. Gerd Weiland
Rechtsanwalt



15. Jens Peter Petersen
Dipl.-Ing., Hauptabteilungsleiter



16. Ursula Caberta y Diaz
Bezirksamtsangestellte



17. Hans Scheffé
Schulhausmeister



18. Werner Hackmann
Senator



19. Dr. Rolf Lange
Geschäftsführer Wohnungsgenossenschaft



20. Wolfgang Curilla
Senator



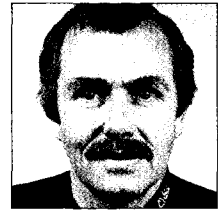
21. Dr. Hans-Joachim Meissner
Dipl.-Volkswirt, Wissen-
schaftlicher Angestellter



22. Paul Busse
Geschäftsführer
Hamburg-Messe GmbH



25. Gerhild Halfmeier
Lehrerin



24. Hermann Scheunemann
Geschäftsführer einer
Dachdeckerfirma



25. Ute Pape
Studienrätin



26. Maren Piske
Steuerberaterin



27. Margrit Schlankardt
Buchhändlerin



28. Petra Melzer
Dipl.-Betriebswirtin,
Verwaltungsangestellte



29. Ursula Lohmann
Dipl.-Biologin, Wissen-
schaftliche Angestellte



30. Gerhard Taschenberger
Betriebsratsvorsitzender
Blohm + Voss



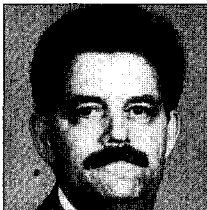
31. Hans-Günter Mertens
Dipl.-Sozialwirt, Wissen-
schaftlicher Angestellter



32. Manfred Fraider
Kapitän



35. Jan Klarmann
Dipl.-Handelslehrer



34. Peter Kämmerer
Gewerkschaftssekretär



35. Elke Fank
Geschäftsführerin Verein
Behindertenhilfe e. V.



36. Barbara Duden
Dipl.-Bibliothekarin



37. Jan Ehlers
Senator a. D.



38. Annegret Ottke
Dipl.-Sozialökonomin



39. Anke Kubbier
Hausfrau



40. Uwe Grund
Leiter der DAG Hamburg



41. Uwe Voigt
Selbständiger
Versicherungskaufmann



42. Renate Schade
Kaufmännische Angestellte



43. Dr. Holger Christier
Studienrat



44. Werner Dobritz
Stiftungsgeschäftsführer



45. Reinhard Richter
Dipl.-Ingenieur



46. Claus Müller
Fachleiter am staatlichen
Studienseminar



47. Manfred Silberbach
Maschinenschlosser,
Personalratsvorsitzender



48. Dr. Michael Selk
Wissenschaftlicher
Angestellter



49. Petra Adam-Ferger
Bankkauffrau



50. Gerhard Heinrich
Jurist, Fraktions-
geschäftsführer



51. Ingo Kleist
Geschäftsführer Landes-
bund der Gartenfreunde



52. Heidmarie Scherweit-Müller
Kfm. Angestellte,
Betriebsratsvorsitzende



53. Wilhelm Roepert
Rentner



54. Rolf Polle
Studienrat



55. Günter Frank
Volkswirt, Berufsschul-
lehrer



56. Ralph Bornhöft
Verwaltungsjurist



57. Renate Vogel
Buchhändlerin



58. Willi Witte
Rentner



59. Reinhardt Hünze
Bereichsleiter



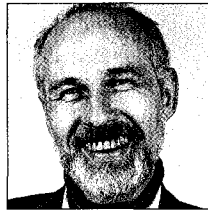
60. Monika Piwon
Dipl.-Soziologin,
SPD-Geschäftsführerin



61. Wolf-Dieter Scheurell
Diplomingenieur



62. Inge Kazamel
Geschäftsführerin
Jugenderholungswerk



63. Friedrich Heß
Schulleiter



64. Andreas Turkat
Student



65. Dietrich Ellger
Studienrat



66. Monika Gawron
Hausfrau



67. Dr. Franklin Kopitzsch
Verlagsangestellter



68. Michael Dose
Rektor



69. Helga Weise
Dipl.-Kaufrau



70. Ruth Polte
Angestellte



71. Leonhard Baumert
Oberstudienrat



72. Werner Huppertz
Techn. Angestellter



73. Dr. Michael Au
Dipl.-Chemiker, Wissen-
schaftlicher Angestellter



74. Hendrikje Blandow-Schlegel
Studentin



75. Rolf Köpke
Graduierter Volkswirt



76. Marion Bender
Bürogehilfin



77. Ute Berger
Angestellte



78. Volker Honold
Lehrer



79. Holger Kahlbohm
Kaufmännischer
Angestellter



80. Frauke Schwarz
Studentin

